

interkulturell aktuell

SSIP Mitteilungen

Nr. 1–2/2017 | 59. Jahrgang

Sozialwissenschaftlicher Studienkreis für Interkulturelle Perspektiven e.V.
gegründet 1959

Übersicht

Editorial	2
✂ Politik interkulturellen Handelns	2
🏛 Interkulturelle Bildung	10
A. Afrika	10
E. Europa	13
F. Aus der Forschung.....	16
I. Islam, Muslime und Mittlerer Osten.....	16
J. Jugendpolitik	17
K. Kooperationen.....	19
M. Migration, Diaspora.....	19
R. Religion.....	24
T. Interkulturelle Tourismuspolitik.....	25
W. Weltinnenpolitik.....	26
Nachrichten für Mitglieder	28
SSIP-Tagungskalender	31
Impressum.....	43

Aus dem Inhalt:

Räume über Grenzen hinweg
Bernd Thum zur Geopolitik des
Mittelmeerraums

Europas Vielfalt
Ethnische Klassifizierung in Schottland

Interreligiöser Dialog
Atlas der religiösen Vielfalt in Berlin

Erinnerungskultur in Chile

Im Postversand wird mit diesem Heft der *Interreligiöse Stadtplan Berlin* verschickt. Mitglieder im Online-Versand können diese Beilage gerne über die Geschäftsstelle anfordern.

Editorial

Mit dieser ersten Nummer der SSIP-Mitteilungen 2017, auf die Sie lange haben warten müssen, ändert sich einiges am gewohnten Erscheinungsbild der Zeitschrift des SSIP. Wir wollen ab jetzt auch offiziell den Namen, den die SSIP-Mitteilungen bei uns intern schon seit geraumer Zeit hatten, verwenden: *IKA – Interkulturell Aktuell*. Dies ist mit der Hoffnung verbunden, dass es uns unsere Ressourcen auch in Zukunft ermöglichen werden, mit den Nachrichten und Tagungshinweisen aktuell zu bleiben. Falls Sie aus unserer Zeitschrift zitieren wollen, bitten wir um folgende Kennzeichnung: „IKA – SSIP-Mitteilungen“.

Dieser Nummer liegt für die Bezieher im Postversand ein Werbeflyer im Postkartenformat für den *Interreligiösen Stadtplan Berlin* bei, den Sie in der Meldung R1/17-1 besprochen finden. Wir bitten um Beachtung!

✂ Politik interkulturellen Handelns

P1/17-1 Weltoffenheit und Toleranz

Am 4. Mai 2017 hat in Köln die „**Allianz für Weltoffenheit**“, gegründet im Februar 2016, ihren ersten Kongress abgehalten. Bundespräsident FRANK-WALTER STEINMEIER war der Schirmherr des Kongresses, der in Kooperation mit der *Bundeszentrale für politische Bildung* (bpb) und der *IQ Consult* gGmbH stattfand. Die IQ CONSULT GmbH war bis 2013 eine gemeinnützige Unternehmensberatungsgesellschaft in Potsdam; inzwischen hat sie ihren Sitz in Berlin. Von allen Internet-Seiten der bpb ist jede Erinnerung an diesen Kongress, zu dem mehr als 300 Teilnehmer zusammenkamen, indes getilgt. Zwar sollte es allgemein um Gemeinsamkeit „für gelebte Demokratie“ gehen; im Zentrum stand aber die verstärkte Einwanderung nach Deutschland (die sog. **Flüchtlingskrise**). Es wurde dazu aufgerufen, Rechtspopulismus und Fremdenfeindlichkeit mit **Aufklärung** zu begegnen. „Respekt und Toleranz sind nicht festgemeißelt, sondern müssen immer wieder neu gelernt werden“, sagte IRMGARD SCHWAETZER, die Präses der Synode der *Evangelischen Kirche in Deutschland* (EKD), und Erzbischof STEFAN HESSE, der Vorsitzende der Migrationskommission der *Deutschen Bischofskonferenz* betonte den Beitrag der katholischen Kirche zum gesellschaftlichen Zusammenhalt. „Wenn Ressentiments geschürt und Hassparolen skandiert werden, darf die Kirche nicht neutral bleiben“, sagte Heße.

Der Gründungsmitglieder der „Allianz für Weltoffenheit, Solidarität, Demokratie und Rechtsstaat – gegen Intoleranz, Menschenfeindlichkeit und

Gewalt“ sind derer neun: *Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Deutsche Bischofskonferenz, Deutscher Gewerkschaftsbund, Deutscher Kulturrat, Deutscher Naturschutzring, Deutscher Olympischer Sportbund, Evangelische Kirche in Deutschland, Koordinierungsrat der Muslime* und *Zentralrat der Juden in Deutschland*.

Die Allianz hat im Vorfeld des Kongresses einen **Aufruf** „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ gestartet (www.allianz-fuer-weltoffenheit.de). Der Aufruf ist unterschrieben von

- INGO KRAMER für die *Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände*,
- Kardinal Dr. REINHARD MARX, Erzbischof, für die *Deutsche Bischofskonferenz*,
- REINER HOFFMANN für den *Deutschen Gewerkschaftsbund*,
- Prof. CHRISTIAN HÖPPNER für den *Deutschen Kulturrat*,
- Prof. Dr. KAI NIEBERT für den *Deutschen Naturschutzring*,
- ALFONS HÖRMANN für den *Deutschen Olympischen Sportbund*,
- Landesbischof Prof. Dr. HEINRICH BEDFORD-STROHM für den *Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland*,
- Dr. ZEKERIYA ALTUĞ für den *Koordinationsrat der Muslime*,
- Dr. JOSEF SCHUSTER für den *Zentralrat der Juden in Deutschland* sowie von
- Prof. Dr. ROLF ROSENBRÖCK für die *Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege*.



Bei einer solchen zivilgesellschaftlichen Bandbreite ist es unvermeidlich, dass die Stellungnahmen zu Einwanderung und Flüchtlingspolitik unterschiedlich ausfallen. Dem allgemeinen Text der Erklärung ist anzumerken, dass sich die Autoren bei der Verschiedenheit der Standpunkte der Unterzeichnerorganisationen um einen für alle tragbaren Nenner bemüht haben.

Zunächst wird versucht, die **gemeinschaftsbindende Basis** zu bezeichnen: „Deutschland ist ein demokratisches und weltoffenes Land, eingebettet in die Europäische Union als Werte- und Wirtschaftsgemeinschaft, den universellen Menschenrechten verpflichtet.“ Neben der EU und den universellen Menschenrechten wird auf das Grundgesetz verwiesen „Der im Grundgesetz verankerte Schutz der Menschenwürde gilt für alle Menschen“.

In diesem Zusammenhang wird die bekannte Trennung von politischem und **Wirtschaftsflüchtling** vorgetragen: „Wer in seiner Heimat aufgrund von Krieg und Verfolgung um Leib und Leben fürchten muss, hat Anspruch auf Schutz in Europa.“ Diese Unterscheidung gehört zu den Gemeinplätzen des Diskurses über Flüchtlinge in der Bundesrepublik, dürfte aber dennoch in vielen Fällen in der Realität fraglich bis unmöglich sein. Die Forderung der Abschiebung (offiziell „Zurückführung“) von Personen, die in ihrem Heimatland nur am Verhungern sind, wird möglichst weichgespült (vgl. dazu IKA M3/16-4): „Auch denjenigen, die wegen wirtschaftlicher Not und Elend nach Deutschland kommen und als Ergebnis eines rechtsstaatlichen Verfahrens keine Bleibeperspektive haben und deshalb in ihre Heimat zurückkehren müssen, ist mit Empathie und Respekt zu begegnen.“ Das Unbehagen angesichts der verheerenden Lage dieser Menschen darf man wohl aus dem trotzigen Hinweis auf das immerhin rechtsstaatliche Verfahren der Abschiebung heraus-spüren.

Insgesamt durchzieht den Aufruf die Einstellung: „Wir hier in Deutschland sind ok; aufgeklärte Bürger, die wir sind, halten wir uns an die Menschenrechte und nehmen in der wohlverstandenen Erkenntnis dessen, wozu wir rechtlich verpflichtet sind, politisch Verfolgte auf, verlangen von ihnen dafür aber **Integration**. Dabei sind wir ihnen natürlich gerne behilflich.“

Die Angst, dass da Menschen kommen, die eigentlich nicht in die beste aller möglichen westlichen Welten hineinpassen, wird daran deutlich, dass der Aufruf über weite Strecken Forderungen aufzählt, die eigentlich **Selbstverständlichkeiten** sind, die zum Normalbetrieb der Demokratie gehören und gar nicht speziell Einwanderer, sondern alle in Deutschland Lebenden betreffen: „Ein friedliches Miteinander und die Integration in die deutsche Gesellschaft gelingen nur dann, wenn die Werte des Grundgesetzes und unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens von allen akzeptiert werden. Dies bedeutet etwa, dass das Recht auf freie Ausübung der Religion ohne Unterschied anerkannt werden muss. Es bedeutet aber auch, dass niemand die eigene kulturelle oder religiöse Prägung als Deckmantel missbrauchen darf, um die Grundrechte der Glaubens- und Gewissensfreiheit, der körperlichen Unversehrtheit und der Gleichberechtigung von Mann und Frau in Frage zu stellen oder Minderheiten zu diskriminieren.“

Dasselbe gilt für die meisten der 10 Positivforderungen („**Wir treten ein für...**“): „Wir treten ein für die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts / einen Dialog über kulturelle, religiöse und soziale Unterschiede und die Schaffung von Räumen der Begegnung / eine solidarische und nachhaltige Politik, die allen in Deutschland lebenden Menschen gerechte Teilhabechancen eröffnet / ein verbessertes Bildungsangebot als Schlüssel für eine erfolgreiche gesellschaftliche Integration / den Schutz der Grundrechte, zu denen die Glaubens- und Gewissensfreiheit und das Recht auf körperliche Unversehrtheit ebenso zählen wie die Gleichberechtigung von Mann und Frau und das Diskriminierungsverbot / den Schutz aller Menschen vor Gewalt, Menschenfeindlichkeit und Fremdenhass / die Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols bei der Bekämpfung von Kriminalität und ein friedliches Miteinander ohne Gewalt / ein Europa, das die Menschenwürde schützt und Perspektiven für ein friedliches Zusammenleben schafft.“

Das ist also ein großes Plädoyer für die **Durchsetzung unserer politischen und sozialen Verfassung** im Sinne von Gleichbehandlung, Chancengleichheit und Sicherheit, die insbesondere für viele Biodeutsche erst noch verwirklicht werden muss.



Dem Aufruf sind einige „**Sondervoten**“ angefügt, Kernsätze einzelner Gründungsmitglieder, die über den Minimal-Nenner der gemeinsamen Erklärung hinaus spezifische Akzente setzen. Das reicht von

- INGO KRAMER (Präsident der *Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände*): „Menschen, die nach Europa flüchten, weil sie in ihrer Heimat an Leib und Leben bedroht sind, müssen hier Zuflucht erhalten. Das ist aber nur möglich, wenn jene Menschen, die nicht von Verfolgung und Gewalt bedroht sind, auch in ihre Heimatstaaten zurückgeführt werden. Asylsuchende mit Bleibeperspektive müssen ihren Beitrag leisten, damit ihre Integration gelingt.“

bis zu den religiös Verankerten:

- „Nächstenliebe und Barmherzigkeit kennen keine Obergrenzen. Besonders dann nicht, wenn Menschen in höchster Not sind.“ (Dr. ZEKERIYA ALTUĞ, Sprecher des *Koordinationsrates der Muslime*),
- „Die große Zahl der Flüchtlinge lässt Ängste und Sorgen aufkommen – und bei manchen auch die Versuchung, Hilfsbereitschaft und Mitmenschlichkeit zurückzustellen. Kein Zweifel: Realistische Lösungen sind gesucht, Überforderung muss vermieden werden. Aber unsere Gesellschaft darf darüber ihren moralischen Kompass und ihr Wertegerüst nicht vergessen. [...] Für uns ist klar: Barmherzigkeit kennt keine Grenzen.“ (Kardinal Dr. REINHARD MARX, Erzbischof, Vorsitzender der *Deutschen Bischofskonferenz*),
- „Gemeinsam müssen wir Antisemitismus und Rassismus entschieden entgegentreten. Wenn wir die Flüchtlinge erfolgreich in unsere Wertegemeinschaft integrieren, wird dies unser Land stärken. Dafür braucht es einen starken Zusammenhalt.“ (Dr. JOSEF SCHUSTER, Präsident des *Zentralrats der Juden in Deutschland*).

Nur einige heben explizit hervor, was die Medien in den vergangenen Monaten vielfach verschwiegen haben, dass nämlich die Zahl der Bürger, die sich für eine Willkommenskultur engagiert haben, größer war als die Zahl derer, die ihre „Besorgnis“ kultivierten:

- „Gerade in schwierigen Zeiten muss die Gesellschaft zusammenstehen und sich für ihre Schwächsten einsetzen. Aus dieser Überzeugung heraus engagieren sich mehrere

hunderttausend Christinnen und Christen in Kirchengemeinden überall im Land für die Versorgung und Integration von Flüchtlingen.“ (Prof. Dr. HEINRICH BEDFORD-STROHM, Landesbischof, Vorsitzender des Rates der EKD),

- „Sportdeutschland mit seinen 90 000 Vereinen bietet ein soziales und organisatorisches Netzwerk, das vielen Flüchtlingen hilft, sich hier heimisch zu fühlen. Mit den Werten des Sports – gegenseitige Unterstützung, Fairness und Respekt – wollen wir den neuen Mitbürgern mehr Lebensfreude geben und gleichzeitig unserer gesellschaftlichen Rolle verantwortungsbewusst gerecht werden.“ (ALFONS HÖRMANN, Präsident des *Deutschen Olympischen Sportbundes*),
- „Unsere Allianz von mehr als 50 Millionen Menschen begreift sich als Aufstand der Anständigen für ein nachhaltiges, offenes und tolerantes Deutschland in Europa.“ (Prof. Dr. KAI NIEBERT, Präsident des *Deutschen Naturschutzringes*),
- „Auch Werkstätten, Fabriken und Büros sind Orte der Begegnung. Dort erleben wir täglich, dass die Zusammenarbeit von Menschen unterschiedlicher Kultur und Herkunft gut und reibungslos verläuft.“ (REINER HOFFMANN, Vorsitzender des *Deutschen Gewerkschaftsbundes*).

Noch weniger heben einen Punkt hervor, der Wissenschaftlern geläufig sein mag, in der Gesellschaft aber wenig bewusst ist: In der kulturellen Überschneidungssituation bleibt kein Akteur unverändert. Die „aufnehmende“ Kultur wird nicht so bleiben, wie sie war (bzw. von den Autochthonen konstruiert wird):

- „Integration ist zuallererst eine kulturelle Herausforderung, für die, die kommen, und die, die schon da sind.“ (Prof. CHRISTIAN HÖPPNER, Präsident des *Deutschen Kulturrats*)

Information / Quellen (Zugriffe 12.4. – 1.5.2017):

<http://www.evangelisch.de/inhalte/143582/04-05-2017/allianz-fuer-weltoffenheit-ruft-zu-aufklaerung-gegen-populismus-auf>; https://www.erzbistum-hamburg.de/Kirche-gegen-Ressentiments_Hesse-beim-Kongress-der-Allianz-fuer-Weltoffenheit; <https://www.eaberlin.de/nachlese/chronologisch-nach-jahren/2017/allianz-fuer-weltoffenheit-pressemittteilung/>. Kontaktbüro Allianz für Weltoffenheit c/o neues handeln GmbH (Tel. 0221 / 16082-12, www.allianz-fuer-weltoffenheit.de)



P2/17-1 „Brauchen wir eine Leitkultur?“

Die DEUTSCHE GESELLSCHAFT e.V. wurde „mit dem Ziel gegründet, die Teilung Deutschlands zu überwinden, das Miteinander in Deutschland und Europa zu fördern sowie Vorurteile abzubauen.“ Mehr zu Zielen und Selbstverständnis verrät die Selbstdarstellung auf ihrer Website nicht.

Jetzt ruft die DG in Kooperation mit der *Deutschen Nationalstiftung* und mit Unterstützung des *Bundesministeriums des Inneren* Studierende dazu auf, sich in Form eines Essays mit der Frage von „gemeinsamen Werten“, „Identität“ und „kulturellem Selbstverständnis“ auseinander zu setzen. Konkret lautet die Frage: „Brauchen wir eine **Leitkultur**?“ Hoffentlich soll hier nicht die nächste Grundsatzrede von Bundesinnenminister DE MAIZIÈRE vorbereitet werden. Immerhin fragt die DG nicht nach einer „deutschen Leitkultur“ – Gott sei Dank. Über die Feststellung „Der Begriff Leitkultur hat in den letzten Jahren eine Renaissance erfahren“ kann man durchaus streiten. Es gibt nicht wenige, die den Begriff für verbrannt und die Debatte darüber als ausgeleiert empfinden – so z.B. auf einer Podiumsdiskussion in der Katholischen Akademie am 27. April 2017 mit Prof. Dr. THOMAS STERNBERG (Präsident des *Zentralkomitees der deutschen Katholiken*), BETTINA JARASCH (*Bündnis 90/Die Grünen*) und Prof. Dr. MATTHIAS THEODOR VOGT (*Institut für kulturelle Infrastruktur Sachsen*). Den Begriff Leitkultur verortet die DG in „dem Koordinatensystem des gesellschaftlichen und damit kulturellen Zusammenlebens überhaupt“, bei der Stellung des Individuums zur Gesellschaft und zum Staatswesen.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer „sollen in ihren Essays dem Begriff Leitkultur nachspüren und über ihn reflektieren. Dabei können sie sich an folgenden Fragen orientieren“, schreibt die DG:

- Ist eine Leitkultur mit für alle verbindlichen Werten für ein friedliches und respektvolles Miteinander notwendig?
- Bedroht das Konzept der Leitkultur die Vielschichtigkeit der Gesellschaft?
- Sollten deutsche, europäische oder doch universell verstandene Werte die Grundlagen einer Leitkultur bilden?

- Wie hat sich der Begriff Leitkultur in den vergangenen Jahren gewandelt?
- Sollte das Grundgesetz die Basis einer Leitkultur bilden?
- Ist die Leitkultur als Aufforderung an alle zu verstehen, bestimmte Werte zu fördern?
- Verstehen wir Leitkultur als Instrument der Mehrheit, Minderheiten unter Assimilationsdruck zu stellen und alles „Bunte“ zu vereinheitlichen?
- Ist Leitkultur elitär oder offen, national oder global zu verstehen?

Der **Essaywettbewerb** richtet sich an Studierende aller Fachrichtungen im Bachelor-, Master- und Promotionsstudium. Teilnahmebedingung ist die Immatrikulation an einer Hochschule. Die Teilnehmenden reichen zu dem vorgegebenen Thema ein Essay im Umfang von fünf Seiten ein (1 Standardseite 1 800 Zeichen inkl. Leerzeichen, der Fließtext soll 8 000 bis maximal 9 000 Zeichen inkl. Leerzeichen umfassen). Die Texte sind, fügt die DG sicherheitshalber hinzu, auf Deutsch zu verfassen – warum nicht auf z.B. Türkisch im Fall eines eingebürgerten Türken, einer naturalisierten Türkin? **Bewerbungsfrist ist der 1.9.2017.** Die drei besten Texte werden mit Geldpreisen zwischen 500 und 2 000 € ausgezeichnet.

Quelle:
<http://www.deutsche-gesellschaft-ev.de/ueber-uns.html>;
<http://www.essaywettbewerb.de/wettbewerb.html>

P_{3/17-1} Was Politik und Kultur leisten müssen

In Berlin gibt es viele Lange Nächte – eine „Lange Nacht der Religionen“, der Museen und inzwischen auch Lange Nächte der Ideen, von Ende März bis zum 12. Mai, veranstaltet vom Auswärtigen Amt in Zusammenarbeit mit Akteuren aus der Berliner Kulturlandschaft.

Am 12. Mai war ins **Humboldt-Forum** im Berliner Schloss, das noch eine Baustelle ist, zu einem „Agenda-Gespräch“ der Berliner Tageszeitung *Tagesspiegel* mit prominenten Kulturschaffenden unter der Moderation des *Tagesspiegel*-Chefredakteurs STEPHAN-ANDREAS CASDORFF eingeladen.

„**‘Westliche’ Werte**“, schrieben die Veranstalter zur Motivation, „werden von Teilen unserer Gesellschaft, aber auch jenseits des Atlantiks top down in Frage gestellt“ – das ist ohne Zweifel richtig beschrieben. Aber auch im Mittleren Osten und von vielen Intellektuellen aus Asien wird die westliche Demokratie durchaus nicht so positiv wahrgenommen, wie Deutsche und Europäer sie gerne darstellen. „Europa steht an einem Scheideweg“, stand in der Einladung. „Neue Unordnung, Renationalisierung, Populismus – was kann, was müssen Politik und Kultur bewirken?“ Das ist in der Tat die Frage. Nicht nur am Scheideweg steht Europa, sondern in den Augen vieler außerhalb Europas **auf dem Prüfstand**.

Die prominenten Kulturschaffenden waren MARTIN ROTH, von 2011 bis 2016 der Direktor des *Victoria and Albert Museums* in London und nun der Präsident des *Instituts für Auslandsbeziehungen* (ifa), CAROLIN EMCKE, gerade ausgezeichnet mit dem *Friedenspreis des Deutschen Buchhandels*, und BÉNÉDICTE SAVOY, Kunsthistorikerin, ausgezeichnet mit dem *Gottfried Wilhelm Leibniz-Preis*. Sie war wissenschaftliche Mitarbeiterin am *Centre Marc Bloch* in Berlin gewesen, dann an der Technischen Universität Berlin, und ist seit 2016 Professorin am *Collège de France*.

Dr. ANDREAS GÖRGEN, der Leiter der *Kultur- und Kommunikationsabteilung* des Auswärtigen Amts, leitete mit zwei Gedanken, welche den Stellungnahmen dieses Abends insgesamt innewohnen und welche ganz allgemein auch das Selbstverständnis des SSIP beschreiben, ein. Erstens: „Das Innen lässt sich ohne das Draußen nicht verstehen“, zweitens:

„Es gibt nicht ‚die Kultur‘ – Kultur ist ein Prozess.“

Casdorff begann mit der provokanten Frage „Wie politisch ist Kultur?“ und ertete ein stilles Aufseufzen im Podium, das teils herrühren mochte aus dem Wissen, dass es ja unmöglich sei, in souveräner Tollheit Kultur zu definieren, teils von der Überzeugung aller, dass Kultur selbstverständlich nicht unpolitisch gedacht werden sollte. Carolin Emcke fand eine Wendung, die den Zusammenhang von Kultur und Politik wenigstens andeutete: „Wir“ – und damit meinte sie alle Mitglieder einer Gesellschaft – „entscheiden, was als Kultur gilt.“

Mit dem „Wir“ stand natürlich der Zusammenhang von Kultur und Demokratie im Raum. „Können undemokratische Staaten durch Kultur verändert werden?“ Da schauten aller Augen auf Martin Roth, von dem man eine Einschätzung seiner Aserbeidschan-Erfahrungen erwartete. Er drückte sich keineswegs herum und sprach sich deutlich für das **Miteinander-Reden** aus, hätte dabei aber gewiss auch Carolin Emcke zugestimmt, die dazu aufrief, stets abzuwägen und sich niemals instrumentalisieren zu lassen. Bénédicte Savoy gab der Frage eine kleine entscheidende Nuance, indem sie im Zusammenhang von Kultur von einer **Außenpolitik von Zivilgesellschaften** sprach. Das Potential von Kultur kann nicht allgemeingültig bestimmt werden. Man müsse „die üblichen Fragen“ stellen – „Wer? Wann? Warum? Zu wem? In welchen innenpolitischen Zusammenhängen?“

Später fragte Casdorff, ob denn der Begriff der **Kultur immer positiv** sei. Um diese Frage zu beantworten, ist ein Blick in die Geschichte hilfreich, z.B. auf die Geschichte des Gegensatzpaares „Kultur“/„Zivilisation“ (Roth). Deutlich sagte es Emcke: Kultur ist immer das erste, wogegen Diktaturen sich wenden. Natürlich kommt die gegenwärtige Türkei zur Sprache. Wie soll die Politik sich hier verhalten? Das ist die falsche Frage, antwortet Roth; die Frage ist: „Was tun **wir**?“ Können die Podiumsteilnehmer der Politik einen Rat geben? Sie als Französin sei dazu nicht befugt, wehrt Savoy ab. Die Bundesrepublik solle vielleicht mehr Gemeinsamkeit mit anderen europäischen Ländern ausüben – wenn sie einen Rat „an Deutschland“ geben dürfe: Die deutsche Bevölkerung sollte mal großzügiger denken. Später wird sie den Vorschlag machen, dass es einen





DAAD auch anderswo in Europa geben solle und eine DFG in Paris. Vorgeschlagen wird weiterhin **eine Europäische Kulturinitiative**, gerade auch angesichts der drohenden Schließung der Europa-Universität in Budapest.

Natürlich kommt die „**Leitkultur**“ zur Sprache. Savoy erinnert daran, dass der Begriff ursprünglich nicht mit dem Adjektiv deutsch verbunden gewesen sei. BASSAM TIBI, der ihn 1998 unglücklicherweise in die Welt gesetzt hat, hatte sich eine „europäische Leitkultur“ vorgestellt. Heute ist Leitkultur zu einer Chiffre der Gegenauklärung und des Anti-intellektualismus geworden und ist Teil eines Aufstandes gegen die sogenannte Elitenkultur.

Soll man in Anbetracht eines inzwischen auch staatlich sich artikulierenden rechten Populismus den Gedanken eines Europas der unterschiedlichen Geschwindigkeiten wiederbeleben? Braucht Europa eine neue Teilung zwischen den gutwilligen Aufgeklärten und den leitkulturell Eingeschlossenen? Diese Frage aus dem Publikum bewegte das Podium am Schluss und wird – nicht erstaunlich – nur ausweichend beantwortet.

„Was ist Auswärtige Kulturpolitik?“ Mit dieser Frage des Moderators gewann die Diskussion unter den drei Panelisten eine spannende Eigendynamik. Bénédicte Savoy begann mit der „guten Nachricht:

Man kann's nicht steuern.“ Zum einen waren sich alle einig: Kultur wirft Samen – ob sie aufgehen und was daraus wird, zeigt sich im Lauf der Zeit. Zum anderen konnte man nun erleben, wie politisch Kultur ist, weil alle – das Publikum eingeschlossen, wenn der Beobachter die auditiven Reaktionen im Saal richtig deutete – herbe Kritik an der offiziellen Politik und der politischen Klasse in Berlin, in Deutschland, in Europa übten, Kritik vor allem an konzeptionellen Entscheidungen über das *Humboldt-Forum*, in dessen Rohbau man hier geduldig, fast zwei Stunden gedrängt stand und zuhörte. Die Perspektive auf die Welt, die man einnimmt, und die Haltung, mit der man in der Welt auftritt, ist entscheidend, sagte Emcke. Und da müsse man sagen, das **Verhältnis von Zentrum und Peripherie**, wie es in Europa „kultiviert“ worden ist (und – so kann man ruhig hinzufügen – von den „besorgten“ Teilen der bundesrepublikanischen Politik kultiviert wird), habe sich geändert. Mit anderen Worten: Die Musik spielt gar nicht mehr dort, wo viele sie noch spielen sehen. Oft trete man noch mit dem Bewusstsein der Überlegenheit der westlichen Demokratie auf – dazu meinte Roth nur: „Partizipation ist etwas anderes.“ Über die großzügige Geste, sagte er, „die Anderen“ zu beteiligen, ist die Zeit bereits hinweggegangen.

Eine Ausstellung über die *contemporary art*, die sich in islamischen Ländern entwickelt hat, habe



Foto: v.l.n.r. Bénédicte Savoy, Martin Roth, Carolin Emcke, Stephan-Andreas Casdorff (Bildnachweis: AT)

er allenfalls in England realisieren können – in Deutschland sei doch allein der Gedanke daran fast eine Unmöglichkeit. Dass es Modernität in der islamischen Kultur gebe, das kehrte Carolin Emcke heraus – aber wer redet in dem Klima der verallgemeinerten Sorge vor dem Islam in Deutschland darüber? Es gibt keine moderne Gesellschaft, die geschlossen wäre, konstatierte sie unter beifälligem Nicken im Publikum; den Bundesinnenminister hat der Beobachter im Publikum leider nicht entdeckt. „Kultur im Singular gibt es nicht.“ Savoy mokierte sich über das letzte Planungsdetail des *Humboldt-Forums*: es solle

ein **Kreuz auf die Kuppel des Berliner Schlosses gesetzt** werden – das sei dann das ultimative Zeichen Berlins, gegenüber den anderen Kulturen der Welt offen zu sein? Unter dem Kreuz solle in die außereuropäischen Sammlungen eingeladen werden?

Quelle: AT; Info: <https://menschenbewegen.jetzt/veranstaltungen/schlossbesetzung-die-neue-unordnung-was-politik-und-kultur-leisten-muessen/>



P4/17-1 ifa-Veranstaltung in Berlin: eine „Cultures of We“-Konferenz

Am 13. September findet in Berlin in der stadtbekannteren „Kalkscheune“ ein Projekt des *ifa* statt, eine „**international conference**“ – Teilnahme frei, Zutritt „By invitation only“. Das Projekt wird zwar auf Deutsch vorgestellt (<http://kulturen-des-wir.de/en/ueber-das-projekt>), aber die Tagung und auch die öffentliche Abendveranstaltung „7 Billion Voices in a Multipolar World“ finden auf Englisch statt.

Die deutsche Website erklärt das Anliegen des „Projektes“ folgendermaßen: „Ungleichheit, Machtverlust und die Frage nach der Zugehörigkeit: Die zukunftsversprechende Erzählung der Globalisierung hat sich in Zweifel und Unsicherheit verwandelt. Nationalismus und Populismus gewinnen an Auftrieb, während andererseits die größten Herausforderungen unserer Zeit nur global zu lösen sind. Ist eine Welt ohne „Wir“ und „die Anderen“ vorstellbar?“ Zur Sicherheit wird noch einmal betont: „The conference panels (participation only by invitation) and the public evening event [...] are held in English.“

Es ist an der Zeit, dass den genannten Fragen nachgegangen wird. In den Veröffentlichungen des

SSIP geschieht das im Rahmen der vorhandenen Mittel schon seit Jahren. Von solchen intellektuellen Feuerwerken, wie es das *ifa*-Projekt zu werden verspricht, gibt es in Berlin nicht wenige. Hier finden sich die liberalen, weltoffenen Angehörigen der Bildungsschicht, die über viel kulturelles Kapital verfügen und sich immer freuen, ihresgleichen wiederzutreffen, ein.

Künstler, Kulturarbeiter und Intellektuelle aus aller Welt – erklärt die Website weiter – werden die oben gestellten Fragen aufgreifen. Stehen nationale Identitäten einer globalen Weltgemeinschaft im Wege? Ist Kultur der Schlüssel für die Entfaltung von Ideen, die zu einem „globalen Miteinander“ führen? Gibt es eine Zukunft für ein Denken, das mehrere Seiten bzw. Akteure einzubeziehen versteht („*multilateralism*“)? Wie werden die gegenwärtigen Debatten über Nationalismus und Populismus außerhalb Europas wahrgenommen?

In Workshops diskutieren die geladenen Teilnehmer Zukunftsvisionen rund um inter- und transnationale Gemeinschaften, globale politische Tendenzen, den Einfluss der Kultur und die Frage, welche Rolle Technik für unser zukünftiges Miteinander spielt. Neben den Konferenz-Panels wird eine öffentliche Abendveranstaltung geboten („This event is open to the public. Please register online.“), auf der es unter dem Titel „7 Billion Voices in a Multipolar World“ um Fragen der Universalität von Werten, des Dialogs und der Toleranz gehen soll: Ist – so fragen die Veranstalter – eine Welt vorstellbar, in der wir zusammen globalen Herausforderungen begegnen und die Zukunft gestalten, anstatt im „Wir“ gegen „Sie“ zu verharren? Was sind die

Grenzen des Wir? „Wie lässt sich internationale Gemeinschaft neu denken, und was braucht es, um diese zu stärken? Universelle Werte? Mehr Toleranz oder mehr Dialog?“ Welche Rolle soll Europa hierbei spielen?

Die Liste der Gastrednerinnen und -redner ist lang: AMIRA EL AHL, Journalistin und Moderatorin (*Hessisch-Niedersächsische Allgemeine* Kassel und *DER SPIEGEL*); GERARDO BRACHO, gegenwärtig an der Universität Duisburg-Essen, ist ein mexikanischer Diplomat mit viel Erfahrung in der Entwicklungszusammenarbeit; ADAM BROOMBERG ist Professor für Photographie an der Hochschule für bildende Künste (HFBK) in Hamburg; BHARAT H. DESAI von der Jawaharlal Nehru University in Neu-Delhi (Lehrstuhl für Internationales Umweltrecht und Professor für Internationales Recht); NIKITA DHAWAN, Professorin für Politikwissenschaft und Gender Studies an der Universität Innsbruck; MADEEHA GAUHAR, ein großer Name vom Ajoka Theater in Pakistan; der Dramatiker MIKE VAN GRAAN; CEES J. HAMELIK (Professor für Menschenrechte, Universität Amsterdam); MOSTHARI HILAL ist Künstlerin und Illustratorin (Studium in Hamburg); İPEK İPEKÇİOĞLU, Komponistin, Kuratorin und DJ sowie Schirmherrin des Berliner Netzwerkes „Schule ohne Rassismus“; Dr. NINA OBOULJEN KORŽINEK, seit vergangenem Jahr kroatische Ministerin für Kultur; L. H. M. LING, Professorin für Internationale Beziehungen an der New Yorker „New School“; AYOKO MENSAH, Journalistin und *consultant* (Brüssel); AYŞEM MERT, Wissenschaftlerin an der Abteilung für Politikwissenschaften der Universität Stockholm; der freie Autor EVGENY MOROZOV; die Schriftstellerin SISONKE MSIMANG; der Ingenieur OUSSAMA RIFAHİ, der auch zur Entwicklung des Tourismus, über Kulturstrategien und in der Museumswissenschaft gearbeitet hat und Beiratsmitglied beim *Arab Fund for Arts and Culture* ist; die Soziologin FARIDA SHAHEED, Geschäftsführerin von Pakistans führender Organisation für Frauenrechte; schließlich der emeritierte Professor für Erziehungswissenschaft und Anthropologie an der Freien Universität Berlin, CHRISTOPH WULF.

CHANDRAN NAIR, der Gründer des *Global Institute for Tomorrow* (GIFT), eines unabhängigen, pan-asiatischen Think-Tank, regelmäßiger Referent auf dem Weltwirtschaftsforum Davos (WEF) und Mitglied des *Club of Rome*, wird die Konferenz

mit einer „keynote“ eröffnen: „Is the illusion of globalism meeting its match in populism?“.

So übersichtlich, wie die Website der Konferenz aufgebaut ist, so symmetrisch klar ist die Konferenz in Arbeitsgruppen gegliedert:

- Imaginationen des Wir I – Ästhetische Reflexionen: Was ist der Mensch?
- Imaginationen des Wir II – Bilder von „uns“ und „den Anderen“ in einer globalisierten Welt
- Politiken des Wir I – Ist die Typologie Nord–Süd noch relevant?
- Politiken des Wir II – Gibt es eine Zukunft für die internationale Zusammenarbeit?
- Kulturen des Wir I – Haben Kunst und Kultur politische Verantwortung?
- Kulturen des Wir II – Brauchen wir eine kulturelle Revolution, um mehr Gemeinschaftssinn zu erreichen?
- Techniken des Wir I – Können wir auf zivilgesellschaftlicher Ebene erfolgreich global agieren und mobilisieren?
- Techniken des Wir II – Haben Digitalisierung und Interkonnektivität uns tatsächlich näher zusammengebracht?

Eine Leuchtturmveranstaltung. Hoffentlich kein Feuerwerk für einen Tag.

Frankierend gibt es ein Online-Magazin „Kulturen des Wir“, das diese Fragen in den Mittelpunkt rückt und im Austausch mit nationalen und internationalen Autorinnen und Autoren – aus Journalismus, Kunst und Wissenschaft – nach Antworten sucht. Es nennt sich „Aktuell, anschaulich, anders“, enthält beeindruckende Bilder, gute Texte, wichtige Denkanstöße. Das Projekt des *ifa* wird seinen Zweck erfüllen, wenn es soviel Resonanz findet, dass den deutschen, auf Abschließung bedachten Politikern der Boden entzogen wird.

Bildnachweis: ifa

Quelle: <http://kulturen-des-wir.de/de/konferenz>;
<http://kulturen-des-wir.de/de>

B1/17-1 **Noch einmal: Soft
power und AKP**

Im November 2015 hatten sich im *John-F.-Kennedy-Institut* der Freien Universität Berlin Politik- und Sozialwissenschaftler sowie Kulturhistoriker und Praktiker aus politischen Stiftungen zu einer kleinen Tagung getroffen, um Fragen des Zusammenhangs von politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen Staaten und Gesellschaften zu diskutieren. Im Mittelpunkt stand die auswärtige Kulturpolitik der Industriestaaten und der Begriff der „Soft Power“. Der SSIP berichtete darüber (SSIP-Mitteilungen 1/2016: B1/16-1, S. 8–10). Nun hat Prof. Dr. KURT DÜWELL (SSIP) einen einschlägigen Aufsatz verfasst, der im *Archiv für Kulturgeschichte* erschienen ist:

Kurt Düwell (2016): „Soft Power“ und auswärtige Kulturpolitik. Bericht und Gedanken über eine Berliner Tagung im John-F.-Kennedy-Institut der Freien Universität. In: *Archiv für Kulturgeschichte* Jg. 98, H. 2, S. 439–449.

Düwell beginnt seinen Tagungsbericht nicht ohne Süffisanz mit dem Hinweis auf eine Außenwirkung von auf Kultur gegründeter Politik, die einst

ganz ohne Werbemaßnahmen auskam, nämlich kulturelle Leistung eines Landes, die von anderen Ländern schlicht anerkannt und in die eigene Kultur eingebaut wurde, allerdings eine lange Geschichte kulturellen Aufbaus voraussetzte. Von heute auf morgen trat französische Kultiviertheit, *civilisation* – etwa in der Figur des *gentilhomme* – nicht zu Tage. Andersherum könnte man Düwells Gedanken so entwickeln: Wenn ein Land an Kultur spart, merkt man's nicht gleich, sondern vielleicht erst Jahre später, aber nachhaltig. Die modernen Formen der *public diplomacy* können immerhin für eine gewisse Symmetrie in den Bemühungen um kulturelle und politische Selbstdarstellung sorgen. Auf einen den SSIP bestätigenden Aspekt weist Düwell gleich am Anfang hin: „Die Vielfalt der Kulturen in ihren jeweiligen geographischen Räumen weltweit lässt sich nur durch eine Begegnung der Kulturen verstehen, die nicht in einer monadenhaften Abgeschlossenheit stehen, also nicht essentialistisch als vom Raum losgelöste Typen verstanden werden dürfen.“ Und fügt einen kleinen Seitenhieb auf das unsägliche Buch über den „Clash of Civilizations“ an: „Hier lag wohl ein kleiner, aber folgenschwerer Irrtum Samuel P. Huntingtons.“ Da kommt Huntington ja noch gut weg.

A. Afrika

A1/17-1 **Widerspruchsvolles Afrika**

Dass ein großer Kontinent wie Afrika voller Widersprüche und gegenläufiger Entwicklungen steckt, kann nicht überraschen. Das Bändchen Nr. 54 aus der Reihe des „Wissenschaftlichen Forums für Internationale Sicherheit“ (WIFIS) enthält drei Fallstudien, die dies in einem Überblick und an zwei Ländern darstellen:

- Rainer Tetzlaff: Das moderne Afrika verstehen. Widerspruchliche Entwicklungsperspektiven eines Kontinents
- Denis M. Tull: EUFOR RD Congo acht Jahre danach: Erfolgsgeschichte eines Einsatzes mit begrenztem Mandat?
- Gerhard Jandl: Die Rolle Österreichs im Sudan und Südsudan

Die Autoren fragen nach den Konzepten europäischer und deutscher Afrika-Politik sowie deren Wirksamkeit, um gemeinsam mit den Staaten des Kontinents für die Ziele Entwicklung, Frieden und Sicherheit arbeiten zu können (budrich).

Das WIFIS hat seinen Sitz an der *Führungsakademie der Bundeswehr* und wird von Prof. Dr. MICHAEL STAACK geleitet, der gleichzeitig Ko-Direktor des *Instituts für Internationale Politik* an der *Helmut-Schmidt-Universität* (Universität der Bundeswehr, Hamburg) ist.

Entwicklung, Frieden, Sicherheit. Drei Perspektiven auf Entwicklungen in Afrika (WIFIS-aktuell; 54), hrsg. v. Michael Staack (Leverkusen: budrich academic 2015). 86 S., ISBN 978-3-8474-0708-9, 7,90 €.

A2/17-1 Räume über Grenzen hinweg

Der Maghreb und West-Afrika haben erst aufgehört, Stiefkinder der deutschen Außenpolitik zu sein, seit von dieser Region aus afrikanische Flüchtlinge nach Europa starten. „Der Maghreb und West-Afrika“, schreibt Prof. em. Dr. BERND THUM, Gründungspräsident der *Stiftung Wissensraum Europa–Mittelmeer* e.V. (WEM), in einem Memorandum, „treten mit Macht in den Vordergrund des öffentlichen politischen Interesses nun auch in Deutschland. Leider verdrängen im aktuellen Diskurs Migration und Sicherheit andere damit verbundene wesentliche Fragen in den Bereichen Wirtschaft und Kultur.“

In seinem Memorandum „Wir brauchen neue Brücken“ warnt Thum davor, dass sich **Auswärtige Kulturpolitik**, die der Zivilgesellschaft Handlungsspielräume verschaffen sollte, nicht zu eng an der jeweiligen Außenpolitik orientiere. Denn außenpolitische Konstellationen können sich kurzfristig ändern.

Quer oder parallel zu den kurzfristigen Allianzen der Außen- und Sicherheitspolitiker möchte der Autor ein Netzwerk von Personen und Institutionen unterhalb der Außenpolitik setzen, das nationale Grenzen gleichsam osmotisch durchdringt. Es soll ein großer Interaktionsraum für eine EU-Nachbarschaftspolitik entstehen. Um dessen Eigenarten zu beschreiben, macht Thum eine Anleihe in der Sozialgeographie und bietet den Begriff der „**funktionalen Räume**“ an.

„Es sind Räume, die über politische Grenzen hinweg entstehen, sich von dynamischen Zentren aus von innen nach außen entwickeln. Zum Beispiel ist der transatlantische Raum ein solcher oder der europäisch-russisch-zentralasiatische, in den China mit seinem Seidenstraßenkonzept gerade eine eigene geopolitische Transversale legt [...]“. Eine besondere, aktuelle Bedeutung hat für Deutschland der europäisch-mittelmeerisch-saharische Raum, ein bis auf die Antike zurückgehendes dynamisches Gefüge mit dem Mittelmeer als Epizentrum.“ Diesen Raum einschließlich der Sahelzone mit z.B. Mali, wo die Bundeswehr gegenwärtig zum Einsatz kommt, erkennt die deutsche Außenpolitik nicht als einen funktionalen Raum, der mit den Mittelmeer-Anrainern zusammenhängt, lautet der Vorwurf von Prof. Thum.

Mit funktionalen Räumen hat die Stiftung WEM Erfahrung. Seit 2014 ist unter dem Titel „Erinnerungs-

orte für die Gegenwart“ eine virtuelle Landkarte kultureller Manifestationen im euro-mediterranen Raum online, eine interaktive Karte euro-mediterraner Erinnerungsorte, eines der zentralen Projekte der Stiftung WEM, bei dem jeder mitmachen kann (s. SSIP-Mitteilungen 4/2014: E2/14-4).

Es mag etwas metaphysisch anmuten, von der Werbung für einen neuen, nicht gerade eingängigen Begriff eine Veränderung der praktizierten Außenpolitik zu erwarten. Man versteht die langfristige Sprengkraft des Gedankens besser, wenn man Thums Aufsatz von 2012 (s.u.) liest. Darin rief er dazu auf, die Europäer sollten ihr Kulturwissen in Richtung auf eine Gemeinsamkeit mit den Kulturen des MENA-Raums weiterentwickeln. Dazu muss man aber einen Kulturbegriff im Kopf haben, der nicht nur den Nationalstaat als Aktionseinheit sieht, sondern Akteure innerhalb von Staaten – etwa zivilgesellschaftliche Organisationen – und über-nationale Zusammenhänge, eben „funktionale Räume“, erkennt und anerkennt. Darin liegt auch die Forderung, die Unterschiedlichkeit nationaler Kulturen gerade nicht zu betonen – wie es Heerscharen von interkulturellen Trainern tun –, sondern durch eine politische De-zision in Richtung auf die Schaffung eines gemeinsamen Wissensraums zu überspielen. AT

Weitere einschlägige Schriften von Bernd Thum:

- Ein Euro-Mediterraner Wissens- und Handlungsraum als strategisches Ziel. Kulturpolitische Überlegungen zu Konzeption und Programm. In: WIKA-Report 1 (2012), S. 87–97 (*online* <http://www.ifa.de/kultur-und-aussenpolitik/forschung/wika.html>)
- Eine Geopolitik funktionaler Räume. Der erweiterte Mittelmeerraum als Beispiel. In: WIKA-Report 2 (2014), S. 17–35 (*online*, s.o.)
- From the Euro-Mediterranean Partnership towards a Geopolitics of the Wider Euro-Mediterranean Area as a ‚Functional Space‘. In: Europa bottom-up Nr. 12. Berlin: Maecenata-Stiftung 2015.

Stellungnahmen und Ideen zu dem Vorschlag, eine Außenkulturpolitik auf den Boden funktionaler Räume zu stellen, sind erwünscht. Mehr Informationen unter <http://wissensraum-mittelmeer.org>

Quelle: Zeitschrift für Kulturaustausch 1/2017, S. 66

POSITIONEN

Kriege, Flüchtlinge, Spaltung der Gesellschaft: Wie sollte die Außenkulturpolitik auf die aktuellen politischen Krisen reagieren? Wie kann ein Dialog zwischen Kulturschaffenden und der Zivilgesellschaft aussehen?

Wir brauchen neue Brücken

VON BERND THUM

Niemand zweifelt daran, dass der Dialog zwischen Europa und Afrika intensiviert werden muss. Bildung und Kultur gehören dabei neben der wirtschaftlichen Stabilisierung zu den zentralen Aufgaben euroafrikanischer Politik. Bislang hat Deutschland aber mit keinem der Sahel-Länder außer dem Senegal ein Kulturabkommen geschlossen, nicht einmal mit Algerien, dessen Süden zur Sahelzone gehört. Erst durch die epochale Migrationsdynamik sind die westafrikanischen Sahel-Länder vom Senegal bis zum Tschad für die deutsche Öffentlichkeit und Politik interessant geworden. Sogar die Bundeskanzlerin ist im Oktober 2016 in die Region gereist. Migration und Sicherheitspolitik standen im Vordergrund ihrer Gespräche.

In dieser Situation bietet es sich an, einen neuen „sozialen“, multilateralen, interaktiven, sogar „bürgergesellschaftlichen“ Kulturbegriff zu verwenden. Auswärtige Kulturpolitik, die der Zivilgesellschaft Handlungsspielraum gibt, sollte sich bei ihrer Unterstützung nicht zu eng an den jeweiligen außenpolitischen Konstellationen orientieren. Diese können sich kurzfristig ändern. Aber wie wäre es, auf der Grundlage langfristig wirkender wirtschaftlicher, politischer und demografischer Fakten eine Karte der großen Interaktionsräume zu erstellen, in denen Deutschland, eingebunden in ein funktionales Beziehungsgefüge regionaler, aber auch globaler Akteure, seinen spezifischen Ort hat? In den räumlichen Konturen, die sich aus einem solchen Beziehungsnetz ergeben, könnten sich im Rahmen einer multilateralen Kulturpolitik, die zivilgesellschaftliche Akteure aus verschiedenen Ländern zusammenführt, neue politische Orientierungen entwickeln.

Der Begriff des funktionalen Raums wird vor allem in der Sozialgeografie verwendet, aber auch in der Wirtschaftspolitik. Funktionale Räume werden erkennbar durch eine besondere, vielschichtige Verdichtung von Beziehungen. Es sind Räume, die über politische Grenzen hinweg entstehen, sich von dynamischen Zentren aus von innen nach außen entwickeln. Zum Beispiel ist der transatlantische Raum ein solcher oder der europäisch-russisch-zentralasiatische, in den China mit seinem Seidenstraßenkonzept gerade eine eigene geopolitische Transversale legt und mit chinesischem Sprachunterricht und Konfuzius-Instituten in den Ländern der ehemaligen Seidenstraße auch kulturpolitisch verstärkt. Eine besondere, aktuelle



Bernd Thum ist emeritierter Professor am Institut für Germanistik des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT). Er ist Gründungspräsident der Stiftung Wissensraum Mittelmeer (WEM) e. V.

Bedeutung hat für Deutschland der europäisch-mittelmeerisch-sahelische Raum, ein bis auf die Antike zurückgehendes dynamisches Gefüge mit dem Mittelmeer als Epizentrum. In diesem Raum überlagern sich seit alters Wirtschaft, kulturelle Energien, wechselseitiges Machtstreben und Religion. Heute ist er, von Nordeuropa bis in den Sahel, geprägt von einer epochalen Massenmobilität, teils gemeinsamen, teils auseinanderstrebenden kulturellen Orientierungen, religiös unterfütterten Konflikten, Klimawandel, Fragen globaler Wirtschaftsordnung und Sicherheitsproblemen.

Die Europäische Union führt eine Nachbarschaftspolitik, die auf funktionale Räume als Basis eines multilateral angelegten außenkulturpolitischen Handelns ausgerichtet ist. Doch ist sie hierbei nicht konsequent. Zum Beispiel endet die südliche Nachbarschaftspolitik, konstituiert in der Form einer Union für den Mittelmeerraum, mit den Maghreb-Staaten. Die mit diesen und Europa funktional so eng verbundenen Sahel-Länder, deren klimatische, wirtschaftliche und demografische Probleme mit der Migration tief nach Europa hineingreifen, sind in der südlichen Nachbarschaftspolitik, der Mittelmeerunion, nicht vertreten. Leider bleiben die europäischen Nachbarschaftspolitiken zu sehr an staatliche Grenzziehungen gebunden. Als Institutionen mit sehr beschränkten Möglichkeiten politischer Willensbildung können sie auch zivilgesellschaftliche Akteure zwar zu einer intensiveren Kommunikation, kaum aber zu einer aktiven Mitgestaltung der Politik – notfalls auch „gegen den Strich“ – motivieren.

Wird hier der Staat als außenkulturpolitischer Akteur entwertet? Das wäre ein gefährlicher Fehlschluss. Die staatlichen Akteure sollten multilateralen zivilgesellschaftlichen Initiativen Freiräume sichern, sowohl im Rahmen Auswärtiger Kulturpolitik als auch gegenüber anderen Staaten. Und sie sollten diesen Initiativen, indem sie ihnen einen rechtlichen Status geben, bei der Aufgabe helfen, sich im institutionell ungefestigten funktionalen Raum vor Aggressionen, aber auch Übernahmen zu schützen. So wie es im Austausch mit den USA eine Atlantik-Brücke gibt, wäre auch eine Mittelmeer-Sahel-Brücke denkbar, die engagierte und sprachmächtige Persönlichkeiten und zivilgesellschaftliche Initiativen zusammenführt.

E1/17-1 Einsatz für die CEU

E. Europa

Der *Europäische Bund für Bildung und Wissenschaft* (EBB), die Sektion Deutschland der *Association Européenne des Enseignants* e.V. (AEDE), ist eine Europäische Vereinigung von Lehrern aller Bildungs- und Fachbereiche von der Vorschule bis zur Hochschule und in den Bereichen des lebenslangen Lernens. Der EBB-AEDE hat den SSIP darum gebeten, folgende Erklärung zu der

drohenden Schließung der *Central European University* („Europa-Universität“ CEU) in Budapest zu veröffentlichen. Diese Erklärung macht deutlich, dass die CEU **etwas Europäisches** verkörpert. Insofern steht sie für europäische Werte, nach denen jetzt gerufen wird und von denen immer gesagt wird, wir bräuchten sie gerade heute. Wir veröffentlichen den Text leicht gekürzt.

Es geht um unsere Freiheit. Die ungarische Politik gegen die Central European University widerspricht europäischen Prinzipien.

Die ungarischen Regierungsparteien Fidesz und KDNP haben in dieser Woche im Eilverfahren Änderungen am nationalen Hochschulgesetz vorgenommen, die vor allem einem Zweck dienen: Die seit 1991 in Budapest ansässige Central European University (CEU) soll geschlossen oder zumindest aus dem Land vertrieben werden.

Die CEU [...] verstand [...] ihre Arbeit von Anbeginn als Unterstützung für die Entwicklung offener und demokratischer Gesellschaften. Offenbar ist sie gerade deshalb der amtierenden ungarischen Regierung ein Dorn im Auge, die nach den Worten des Ministerpräsidenten Victor Orban eine „illiberale Demokratie“ anstrebt. [...]

Als Europäerinnen und Europäer sehen wir in der Politik der ungarischen Regierung einen Angriff auf unsere Grundwerte und Überzeugungen. Die **Freiheit der Wissenschaft** ist explizit in Artikel 13 der – auch von Ungarn ratifizierten – Europäischen Grundrechtecharta garantiert. Grundrechte, die nicht nur auf dem Papier stehen, sondern aktiv verteidigt werden, sind unverzichtbar für eine funktionierende Demokratie und für den europäischen Einigungsprozess. [...]

Wir fordern von den Europäischen Institutionen, von allen im Bundestag vertretenen Parteien sowie von der Bundesregierung, offen und deutlich für unsere demokratischen Werte und Errungenschaften einzustehen. Auf allen Ebenen muss das Mögliche getan werden, um den Fortbestand der Central European University in Budapest zu sichern. Jede Bemühung in diese Richtung leistet auch einen Beitrag gegen das weitere Abgleiten Ungarns in Richtung eines nationalistisch-autoritären Systems und dient damit einer Stärkung der Demokratie in Europa.

Ebenfalls appellieren wir an die Medien, ihrem Auftrag zur kritischen Berichterstattung nachzukommen und nicht leichtfertig der offiziellen ungarischen Darstellung zu folgen. Wer eine renommierte, von den USA aus gegründete Universität zum Schweigen bringt, verteidigt damit weder Europa noch die Demokratie, sondern tut genau das Gegenteil.

Hinter dieser Erklärung stehen die folgenden Organisationen und Institutionen bzw. deren Repräsentanten:

- *Association des Etats Généraux des Etudiants de l'Europe* (AEGEE) Berlin e.V.
- *Citizens of Europe*
- *Europäische Akademie Otzenhausen*
- Alfons Scholten, Vorsitzender, *Europäischer Bund für Bildung und Wissenschaft* (EBB-AEDE) e.V.
- Der Vorstand von *EUROPA PROFESSIONELL*
- Prof. Dr. Timm Beichelt, Masterstudiengang European Studies der Europa-Universität Viadrina
- Wolfgang Dittmann, Geschäftsführer der Hochschule für Wirtschaft und Management Mannheim
- Prof. Dr. Christian Trumpp, Präsident, IB-Hochschule Berlin
- *Institut für Europäische Politik* (IEP)
- *Junge Europäische Föderalisten* e.V.

Die folgenden Mitglieder des Vorstandes der EBD tragen die Erklärung persönlich mit:

- Frank Burgdörfer (*Citizens of Europe*)
- Thiemo Fojkar (*Internationaler Bund*)
- Peter Hahn (Schatzmeister)

E

- Tobias Köck (*Deutscher Bundesjugendring*)
- Carola Lakotta-Just (Bundesnetzwerk der deutschen Europaschulen)
- Oliver Luksic (*FDP*)
- Christian Moos (*Europa-Union*)
- Axel Schäfer MdB (Vizepräsident, *SPD*)
- Linn Selle (*Junge Europäische Föderalisten*)
- Tilman Tögel (*SPD*)

Diese Erklärung veröffentlicht der EBB-AEDE e.V. mit der Bitte um Kenntnisnahme und Unterstützung. Der *Europäische Bund für Bildung und Wissenschaft* in der AEDE weist in diesem Zusammenhang auf die Initiative „**Pulse of Europe**“ hin. Mit dieser überparteilichen Initiative gehen jede Woche tausende Menschen in ganz Europa auf die Straße für ein vereintes, demokratisches

Europa – in Berlin auf dem Gendarmenmarkt und in vielen anderen Städten auch, jeden Sonntag um 14 Uhr. Weitere Informationen dazu unter: www.pulseofeurope.eu.

Quelle: <https://www.netzwerk-ebd.de/nachrichten/politik-gegen-die-central-european-university-widerspricht-europaeischen-prinzipien/>

Ez/17-1 **Europas Vielfalt – in Schottland klassifiziert**

Wer sich in Schottland in der Krankenkasse anmelden oder sonst als Bürger registriert sein will, muss sich ethnisch klassifizieren lassen. Dazu muss man einen umfangreichen Fragebogen ausfüllen. In Schottland spielt offenbar die Ethnie eine viel größere Bedeutung, als sich in Deutschland überhaupt jemand vorstellen kann. Bei den Wohnungsanzeigen liest man des öfteren „looking for sister“, was bedeutet, dass die Mitbewohnerin bitte dunkelfarbig sein möge, oder es wird schon vorneweg ausgeschlossen: „Christians only“. In Deutschland würden solche Ein-

teilungen vermutlich nur bei „besorgten Bürgern“ nicht dem Vorwurf der Diskriminierung ausgesetzt sein. Dafür dürfen Studierende in Schottland am Ende des Kurses in einem anonymen Evaluierungsbogen angeben, ob sie sich wegen Ethnie, Religion, sexueller Orientierung etc. ungerecht behandelt gefühlt haben.

In den vergangenen Jahren ist der Fragenkatalog wohl etwas kleiner geworden. 2014 gab es noch die Option „White Caucasian“ oder „in need of translator“. Im Prinzip ist aber die Handreichung *Scotland's New Official Ethnicity Classi-*

fication (s. Abb. 1) nach wie vor in Kraft.

In dem Report, in dem beschrieben wird, wie die Kategorien der Klassifikation entwickelt worden sind, wird als Grund für die Klassifikation angegeben:

„Scotland has become a more ethnically-diverse country. So it is vital that the next [...] other Scottish surveys, provide good information about Scotland's ethnic communities. That will help ensure that public services are geared to everyone's needs and detect any discrimination.“

Die Klassifikation ist durch Befragungen, Interviews und Diskussionen, die schottische Regierungsstellen und das *General Register Office for Scotland* (GROS) im Vorfeld durchgeführt haben, entwickelt worden, wobei „qualitativen“ Informationen, wie die Verfasser sagen, mehr Gewicht eingeräumt worden sei als quantitativen Daten. Im Mai 2008 wurde die Klassifikation vom schottischen Kabinett gebilligt (s. Abb. 2). Die Identitäten, wie sie zur Ankreuzung vorgeschlagen werden, sind nach Nationen konstruiert oder nach Regionen, die dem altertümlichen deutschen Konzept des „Kulturkreises“ oder dem Begriff der *civilization* bei Huntington ähneln. Interessanterweise gilt die Selbstbezeichnung *Gypsy/ Traveller* als „weiß“ und steht in der Reihe der Nationalitäten.

Die Wir-Gruppen-Identität „Polnisch“ wurde offenbar hinzugefügt, weil seit 2004 der größte Teil der Migranten aus Osteuropa Polen waren. Die hatten ihr Kreuz in der Vorgängerversion dieser Klassifikation offenbar ungern bei „Ost-

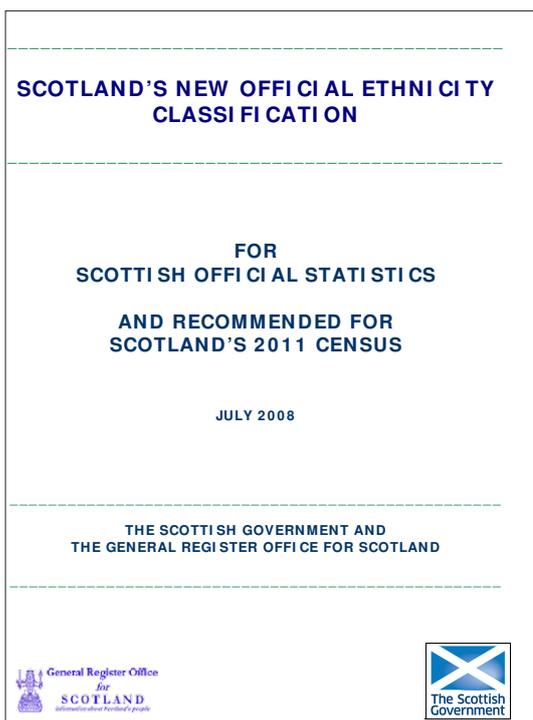


Abb. 1: Titelseite des schottischen Klassifikations-Handbuchs

F. Aus der Forschung

F1/17-1 Über Wandlungen im Verhältnis zum Anderen

In Heft 2 von Band 98 des *Archivs für Kulturgeschichte* 2016 sei auf zwei Aufsätze hingewiesen, die in je unterschiedlicher Weise von kollektiven Identitäten in ihrer wechselnden Abhängigkeit voneinander handeln. FLORIAN HARTMANN untersucht „Christlich-muslimische Kommunikation im Spiegel lateinischer und arabischer Prosaehren und Kanzleihandbücher“ und PIERRE-FRÉDÉRIC WEBER fragt: Der „Süden“ – des Westens neuer Osten? („Zur Wandlung des Anderen mit der Verwestlichung der Welt“).

I. Islam, Muslime und Mittlerer Osten

I1/17-1 Djihad–Romantik

Das *Forumdialog* in Berlin stellte in einem öffentlichen Vortrag mit anschließender Diskussion Anfang März 2017 die Frage, die die Öffentlichkeit, die Politik und die Wissenschaft in der Bundesrepublik seit Jahren bewegt: Was zieht **Jugendliche** in den Kampf nach Syrien für den **Da’esh**, wie die verächtliche Bezeichnung im Nahen Osten lautet, für den „Islamischen Staat“, wie die sprachliche Konvention bei uns ist? Die Frage ist keineswegs uninteressant geworden, seitdem sich Da’esh dank massiven militärischen Drucks in der Defensive befindet.

Die Referentin SEVDANUR ÖZCAN, Religionspädagogin und Systematische Familientherapeutin, selber Muslima, ist Beraterin für ein Präventionsprogramm gegen gewaltbereiten **Salafismus** in NRW. Ihre These war in dieser Frage eindeutig: Die Jugendlichen kommen nicht aus dem vergleichsweise gefestigten Milieu der Muslime in der Bundesrepublik, die womöglich in Moscheegemeinden integriert sind. Die auf salafistische Propaganda ansprechenden Jugendlichen stellte sie vor allem als Problemfälle für Sozialpädagogen dar: orientierungslose und Ich-schwache Heranwachsende.

Zunächst erläuterte sie die Bedeutung des Wortes „**Salafismus**“, welches sich ableitet von *salaf*, „die Ersten“, „die Altvorderen“, worunter die drei ersten Generationen seit Mohammed verstanden werden. Die Zeitbestimmung schließt implizit mehrere Entwicklungen im Islam, die späterer Zeit angehören, aus, und zwar das Sufitum, bestimmte Rechtstraditionen und v.a. eine Tradition des innerislamischen Pluralismus. Die ideologische Grundlage sei stattdessen der Wahhabismus, die **Staatsreligion Saudi-Arabiens**.

In Deutschland sieht Özcan mehrere **Varianten des Salafismus** verbreitet:

- den puristischen, den sie mit etwa den Zeugen Jehovas verglich,

- einen gewaltbereiten,
- einen gewaltablehnenden und
- den jihadistischen.

Als **zentrale Doktrin** ist für alle salafistischen Richtungen eine **dualistische Einteilung der Welt** in gute Menschen / schlechte Menschen kennzeichnend. Diese Bemerkung ist für eine Theorie des Vorurteils und interkultureller Feindbildkommunikation nicht unerheblich. Dualistische Denkweisen betrachten Heterodoxie, Mischverhältnisse und hybride Formen bestenfalls als bloße Durchgangsstadien (wie im christlichen Manichäismus des europäischen Mittelalters), im Prinzip aber als schädlich und unnatürlich, und lehnen sie grundsätzlich ab. So viel Publizität die Varianten, für die etwa SVEN LAU und PIERRE VOGEL stehen, erhalten haben, für so wenig gewaltbereit hält Özcan diese beiden Salafisten. Von Pierre Vogel etwa ist die spöttische Bemerkung bekannt, in der er „IS“ mit „Idiotischer Staat“ übersetzte. Als Parteigänger des jihadistischen Salafismus führte sie indes DENIS MAMADOU GERHARD CUSPERT, gebürtigen Berliner und Konvertit, alias DESO DOGG, an, von dem Özcan explizit erwähnte, dass er bei Moscheen Hausverbot erhalten habe.

Neben den typischen Gut-/Böse-Einteilungen nannte Özcan weitere ideologische Angebote, die **salafistisches Denken** bereithalte:

- Einfachheit (Welt und Theologie werden so einfach konstruiert, dass schon 16jährige sich zu Rechtsurteilen, „fatwas“, berechtigt fühlen),
- ausschließender Wahrheitsanspruch (der sich sogar gegenüber islamischen Autoritäten als aufbegehrend und exklusiv gibt),
- autoritative Identitätsfestlegungen („Du bist Muslim / kein Muslim“),
- Protest (Abgrenzung von Mehrheitsmeinungen),
- Gehorsam (gegenüber Autoritäten, denen Charisma zugesprochen wird),
- das Ideal der Gemeinschaft,
- Ideale von Gerechtigkeit und Solidarität.

Es ist offensichtlich, dass in dieser Aufzählung Elemente enthalten sind, die für **homogenisierende Wertungen** und **ethnische Vereindeutigungen** typisch sind. Auf Vereindeutigungen sind oft – in aller Unbedachtheit – **Lehrer** aus, wenn sie nach den „nicht-deutschen Wurzeln“ des fremd aussehenden Schulkindes in ihrer Klasse bohren.

Wer fühlt sich besonders **angesprochen**? Es sind nicht selten Jugendliche gerade aus **religionsfernen Elternhäusern**, denen die Vaterfigur gefehlt hat, sagte Frau Özcan. Sie befinden sich in einer Außenseitersituation, wenn nicht in einer Lebenskrise, und fühlen sich durch den Wechsel zum Salafismus in ihrem **Selbstwertgefühl gestärkt** („from zero to hero“). Zu den Radikalisierungsgründen gehören Diskriminierungserfahrungen und ein Bedarf an Lebensorientierung. Eine solche Situation erlaubt das Umkippen in jedweden Radikalismus; z.B. hängt es nach den Forschungsergebnissen des Direktors des Bielefelder *Instituts für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung*, ANDREAS ZICK, nur von zufälligen Umständen ab, ob jemand dann **linksradikal oder rechtsradikal** wird.

Ob ein **Umkippen** in den jihadistischen Salafismus stattgefunden hat, ist nicht unbedingt, sagte Frau

Özcan, am Äußeren erkennbar. Zu den Merkmalen gehört die Ablehnung der Demokratie und aller Ungläubigen sowie des innerislamischen Pluralismus und die Legitimierung von Gewalt („Die Opfer haben es nicht anders verdient“).

Die **Präventionsarbeit** muss sich auf drei Säulen stützen: Sensibilisierung, Aufklärung und Immunisierung. Sozialpädagogische Kompetenz muss Probleme im sozialen Umfeld früh erkennen. Aufgeklärt werden müsse über die Vielfalt des Islam; und eine Immunisierung werde durch eine allgemeine gesellschaftliche Akzeptanz des Islam gefördert – die Aufklärung richtet sich also nicht nur an die „Fremden“, sondern durchaus auch an die eigene Gesellschaft. Wichtig sei es, zwischen Religiosität und Radikalisierung zu unterscheiden: Der Wunsch nach rituellen Waschungen z.B. gefährde nicht von vornherein den Schulfrieden; das tue dann eher das Verbot der Einhaltung ritueller Pflichten. In jedem Fall müssen alle sozialisationsrelevanten Akteure zusammenarbeiten, lautete das Schlussfazit der Referentin. AT

J1/17-1 Diversitätsbewusstsein in Einrichtungen der Jugend(bildungs-)arbeit

Das *Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung* e.V. (IDA) will mit einem Workshop einen Raum bieten, um bewusst auf unbewusst diskriminierende Strukturen im eigenen Jugendverband oder der eigenen Einrichtung zu blicken. Dabei soll es nicht darum gehen, den Zeigefinger zu heben, sondern um die Fragen,

- wie eine diskriminierungskritische Entwicklung des eigenen Verbandes aussehen kann,
- welcher Voraussetzungen und Bedingungen sie bedarf,
- was Theoriegrundlagen sein können,
- welche Tools und Methoden sich anbieten und
- wie jede / jeder im Arbeitsalltag Impulse setzen kann, um eine ehrliche, selbstkritische, aber auch motivierende Reflexion der Normalität in der eigenen Einrichtung oder in den eigenen Zusammenhängen anzustoßen.

IDA e.V. erklärt zum Motiv, einen solchen Workshop anzubieten: Die Gesellschaft, in der wir leben, ist geprägt von Diskriminierung und Ungleichheit. Der Zugang zu Ressourcen und Institutionen ist u.a. davon abhängig, wie Menschen im Hinblick auf unterschiedliche Differenzlinien – etwa Religion, sexuelle Orientierung, Geschlecht, soziale und ethnisierte Herkunft oder Gesundheit – positioniert werden.

Diese Differenzlinien und ihre diskriminierenden Folgen wirken sich auch auf die Jugend(verbands-) und Bildungsarbeit aus. Sie werden relevant im Verhältnis zwischen Pädagogen / Pädagoginnen und Adressaten / Adressatinnen, Haupt- und Ehrenamtlichen, zwischen Kolleginnen und Kollegen oder in Kooperationen zwischen Einrichtungen. Dabei äußern sie sich nicht nur im direkten Kontakt zwischen Menschen, sondern prägen auch die Strukturen und Routinen von Einrichtungen oder die Materialien, mit denen gearbeitet wird. Diskriminierende Strukturen wirken daher oft

J. Jugendpolitik



unbeabsichtigt, z.B. weil Vorstellungen davon, was und wer als „normal“ angesehen wird, aber auch was als „normal“ in der Einrichtung gilt, Menschen ausschließen und abwerten können. Ein diskriminierungskritischer Diversitätsansatz thematisiert in diesem Zusammenhang sowohl die eigene Haltung und das eigene Verhalten als auch die ausschließenden Wirkungen von Institutionen und Strukturen.

Die Referentinnen und Referenten – HANNA HOA ANH MAI und SEBASTIAN SENG – verstehen den Workshop daher in erster Linie als selbstreflexiven, selbstkritischen und achtsamen Raum des

Austauschs, des gemeinsamen Arbeitens und Lernens und der kollegialen Beratung. Hier soll ein Dialog zwischen den Teilnehmerinnen / Teilnehmern über unterschiedliche Arten und Wege, Diversität in der Praxis umzusetzen, sowie über die Erfahrungen der Teilnehmerinnen / Teilnehmer mit diesen Prozessen möglich werden. In diesem Sinne wird der Workshop prozessorientiert ablaufen. Je nach Wunsch und Bedarf der Teilnehmerinnen / Teilnehmer können eigenverantwortlich getrennte Räume geöffnet werden. Der Workshop richtet sich an Ehren- und Hauptamtliche, die in der Jugend(verbands)- und Bildungsarbeit tätig sind.

IDA-Workshop Diversität:

„Ist doch normal, oder?“ – Diversitätsbewusstsein in Einrichtungen der Jugend(bildungs-)arbeit entwickeln und verankern.

13. Oktober bis 15. Oktober 2017, Naturfreundehaus Hannover

Hermann-Bahlsen-Allee 8, 30655 Hannover

www.naturfreundehaus-hannover.de, Tel.: 0511 / 69 14 93, Fax: 0511 / 60 68 82-8

Das Programm

Freitag

- 16:00–16:30 Anreise und Anmeldung
- 16:30–18:00 Begrüßung, Vorstellungsrunde, Programm
- 19:00–21:00 Erwartungen und inhaltlicher Einstieg

Samstag

- 09:00–10:30 Theoretischer Input zu diskriminierungskritischer Diversität
- 10:45–12:30 Normalitätsvorstellungen in Institutionen und im individuellen (Arbeits-)Kontext
- 14:00–15:30 Normalitätsvorstellungen in Institutionen und im individuellen (Arbeits-)Kontext
- 15:45–18:00 Open Space I: Eigene Anliegen, Erfahrungen und Diskussionen zum Seminarthema

Sonntag

- 09:00–10:30 Open Space II: Eigene Anliegen, Erfahrungen und Diskussionen zum Seminarthema
- 10:45–11:50 Open Space III: Eigene Anliegen, Erfahrungen und Diskussionen zum Seminarthema
- 11:50–12:30 Seminarreflexion, -evaluation und Abschlussrunde
- ab 12:30 Mittagessen und Abreise

Anmeldeverfahren

Anmeldeschluss ist der 8. September 2017. Man erhält bis spätestens am Tag des Anmeldeschlusses eine Anmeldebestätigung. Erst im Anschluss wird der Teilnahmebeitrag fällig. Die Anmeldung ist gültig nach Eingang des Teilnahmebeitrags auf das Konto: IDA e.V., IBAN DE44 3005 0110 0047 0223 06, BIC DUSSEDD, Stadtsparkasse Düsseldorf, Kennwort: Diversität. Bei der Anmeldung sollen folgende Daten angegeben werden:

- Name, Vorname
- Kontaktadresse
- E-Mail-Adresse
- Organisation
- Funktion (hauptamtlich/ehrenamtlich)
- Verpflegungswünsche (z.B. vegan, koscher, halal...)

Die Anmeldungen sollen per E-Mail, Post oder Fax gesendet werden an:

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit e.V., Volmerswerther Str. 20, 40221 Düsseldorf
Tel.: 0211 / 15 92 55-5
Fax: 0211 / 15 92 55-69
info@idaev.de, www.idaev.de

Für Fragen und weitere Informationen steht Sebastian Seng zur Verfügung.

Es wird ein gestaffelter Teilnahmebeitrag erhoben: 20 € für Menschen ohne oder mit wenig Einkommen (nach Selbsteinschätzung/ohne Nachweis); 40 € wenn der Arbeitgeber / die Arbeitgeberin den Beitrag nicht übernimmt; 60 € wenn der Arbeitgeber / die Arbeitgeberin den Beitrag übernimmt. Der Teilnahmebeitrag umfasst Unterkunft im Einzelzimmer, Verpflegung und Tagungskosten. Fahrtkosten müssen selbst getragen werden.

Text: IDA

K_{1/17-1} Fachinformationsdienst Asien

Seit Januar 2016 betreuen die Staatsbibliothek zu Berlin, die UB Heidelberg und das Südasien-Institut der Universität Heidelberg kooperativ den *Fachinformationsdienst Asien – CROSSASIA*, der von der DFG als ein auf drei Jahre befristetes **Projekt** gefördert wird.

Ziel dieses FID ist es, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in Deutschland standortunabhängig einen schnellen und direkten Zugriff auf Spezialliteratur und forschungsrelevante Informationen zu ermöglichen. Dafür entwickeln die Kooperationspartner das Portal CROSSASIA weiter und stellen neue Dienste für die Wissenschaft bereit (<http://crossasia.org/>).

CROSSASIA fühlt sich dem Open Access-Gedanken verpflichtet und unterstützt mit seinen drei Publikationsplattformen *CrossAsia-Repository*, *CrossAsia-eJournals* und *CrossAsia-eBooks* den unbeschränkten und kostenfreien Zugang zu wissenschaftlicher Information. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Asienwissenschaften haben auf CROSSASIA die Möglichkeit, Forschungsergebnisse elektronisch zu publizieren und so die Rezeption ihrer Arbeit zu erhöhen.

Quelle: ZMO 03.01.17–16:38.

M_{1/17-1} Zeitzeuge

Die sogenannte Flüchtlingskrise von 2015 wird Geschichte. Jetzt ist ein Zeitzeugenbericht erschienen. Als in den Herbst- und Wintermonaten vor dem berüchtigten Berliner *Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo)* Geflüchtete tage- und nächtelang im Schlamm standen, ohne dass jemand von den Angestellten dort in der Lage gewesen wäre, auch nur mehrsprachige Schilder aufzustellen, die den Wartenden hätten Orientierung geben können, hat der Verfasser in einer Notunterkunft, dem früheren Rathaus des Bezirks Wilmersdorf, angepackt.

Holger Michel, *Wir machen das. Mein Jahr als Freiwilliger in einer Unterkunft für Geflüchtete*, Berlin: Kiepenheuer & Witsch 2017, 288 S., ISBN 978-3-462-05009-7, 14,99 €

In einem Interview mit JULIA HAAK („Flüchtlinge in Berlin: ‚Helfen hat eine Sogwirkung‘“, *Berliner Zeitung*, 4.4.2017, S.17) beschreibt der Autor die Lage damals und zieht allgemeine Schlussfolgerungen. Die SSIP-Mitteilungen zitieren einige der markanten Aussagen:

K. Kooperationen

M. Migration, Diaspora



Holger Michel: [...] Am Anfang waren es 180 Geflüchtete, und dann stieg das sehr schnell auf 500, dann auf 1 200.

Julia Haak: Die Geflüchteten kamen von einem Tag auf den anderen?

Genau. Die Mitteilung, dass das Rathaus Wilmersdorf als Notunterkunft öffnen wird, gab es am Vormittag desselben Tages. Dann sind die ersten Freiwilligen hingefahren. Niemand war vorbereitet. Ich bin zwei Wochen später dazu gekommen. So lief es nicht nur in Wilmersdorf, sondern überall in Deutschland. Noch nie ist Zivilgesellschaft in einem solchen Ausmaß in so kurzer Zeit aktiv geworden. [...] Damals war das Lageso vollkommen überlastet. Wir hatten tausende Menschen, die in Berlin auf der Straße geschlafen haben. Im September war es noch nicht kalt, aber im Oktober und November waren die Zustände nicht besser. Wir hatten nicht genügend Betten. Wenn wir auf einmal unangekündigt 200 neue Bewohner bekommen haben, hatten wir zu wenig Essen. Es war ein ständiges Improvisieren.

Damals gab es noch keine richtige Heimleitung?

Der Katastrophenschutz war da. Die hatten aber auch erst am Vormittag erfahren, dass sie am Nachmittag eine Unterkunft übernehmen, die sie nicht kannten. Der Katastrophenschutz besteht auch aus Freiwilligen. Die hatten zwar Erfahrung, aber auch 180 Geflüchtete zu managen und auch noch 200 Freiwillige. [...]

Wie lief denn die Wäscherei?

Zuerst durften wir gar nicht waschen. Uns waren zwölf Waschmaschinen und zwölf Wäschetrockner gespendet worden, aber sie durften nicht angeschlossen werden, weil die TÜV-Abnahme dauerte. Das war auch ein Hygieneproblem. [...] Die Badezimmer waren ständig überflutet, überall im Haus hing nasse Wäsche. Das dauerte zwei Wochen. Als die Maschinen dann liefen, haben wir beschlossen, dass da nicht jeder dran darf, sonst wären sie ja sofort kaputt gewesen. [...]

Sie brachten System ins Chaos?

Wie sich dieser Organismus selbst organisiert hat, erstaunt mich immer noch. Wir haben einfach alles ausprobiert. Geholfen hat, dass wir am Anfang für eine straffe Struktur gesorgt haben. Es gab für jeden Bereich eine Leitung und eine Schichtleitung. Die hat dann der nächsten Schichtleitung ein Protokoll übergeben und der Bereichsleitung berichtet. Wir haben in wenigen Wochen eine Art Behörde aufgebaut. Ohne Chef. Es hat sich einfach so entwickelt.

War es schwierig, diese Macht wieder abzugeben, als der Arbeiter-Samariter-Bund übernahm?

Die kamen nach vier Wochen, es waren sieben Mitarbeiter, aber Hunderte Freiwillige. Es hat sich also nicht so viel verändert. In der Küche sollte eine Person 1 000 Geflüchtete versorgen. Da haben aber auch über 30 Freiwillige gearbeitet. [...]

Dieses Freiwilligenwesen, ist das typisch Berlin?

Das glaube ich nicht. Es ist in ganz Deutschland so gelaufen. Ich glaube, wir haben selber vorher nicht gewusst, dass wir das können. Es war eine Katastrophe, aber anders als beim Hochwasser war es nicht nach ein paar Tagen vorbei. Die Helfer sind geblieben und haben nicht darauf gewartet, dass der Staat übernimmt. Das hat diesen Flüchtlingsommer 2015 besonders gemacht. Da ist ein Ruck durch Deutschland gegangen.

M₂/17-1 Engagierte Bürger

In der Auseinandersetzung mit Flucht hat sich die deutsche Zivilgesellschaft neu aufgestellt. Zwischen 2015 und 2016 sind etwa 15 000 Projekte entstanden, in denen kreative Antworten auf die vielfältigen Herausforderungen der Zuwanderung gefunden wurden. Sie bilden eine **Alternative zu Panikreaktionen**, die den einzigen Umgang mit Flucht in Kontrollen und Abschreckung sehen. In diesem Band werden 90 beispielhafte Projekte dargestellt. Sie zeigen, welche Kraft zur Bewältigung von gesellschaftlichen Problemen in der gegenwärtigen Zivilgesellschaft zu finden ist – und welches Potenzial zu einem neuen Miteinander nicht nur im Umgang mit Zuwanderern, sondern auch innerhalb der Zivilgesellschaft steckt. Diese Szene hat der bekannte Ethnologe Prof. Dr. WERNER SCHIFFAUER, Kulturwissenschaftler an der Universität Viadrina in Frankfurt/Oder, mit seinem Team durchforstet.

Werner Schiffauer / Anne Eilert / Marlene Rudloff (Hg.), *So schaffen wir das – eine Zivilgesellschaft im Aufbruch. 90 wegweisende Projekte mit Geflüchteten*, Bielefeld: transcript 2017; ISBN 978-3-8376-3829-5, 344 Seiten; 24,99 €

Die Publikation wurde gefördert durch die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration.

Werner Schiffauer lehrt Vergleichende Kultur- und Sozialanthropologie mit dem Schwerpunkt Migration und Islam in Europa. Zu seinen Veröffentlichungen zählen der „Migrationsreport 2010“ (mit Marianne Krüger Potratz, 2011), „Parallelgesellschaften. Wie viel Wertekonsens braucht unsere Gesellschaft?“ (2008 ebenfalls bei transcript) sowie „Schule, Moschee, Elternhaus. Eine ethnologische Intervention“ (2015 bei Suhrkamp). Er ist Vorstand des *Rates für Migration*. ANNE EILERT (M.A.) und MARLENE RUDLOFF (M.A.) arbeiten als Bildungsreferentinnen in einem Berliner Sozialunternehmen bzw. beim Berliner *Arbeitskreis für politische Bildung* e.V.



Die Verfasser(inn)en: Marlene Rudloff, Werner Schiffauer und Anne Eilert (v.l.n.r.)

Quelle: <http://www.transcript-verlag.de/978-3-8376-3829-5/So-schaffen-wir-das-eine-Zivilgesellschaft-im-Aufbruch>

M₃/17-1 Neues zur Forschung über Migrations- und Grenzregime

Als 2015 schon lange nicht mehr gesehene Einwandererströme die zuständigen Verwaltungen der EU-Staaten in die Nähe des Zusammenbruchs brachten, geriet – so schreiben die Herausgeber MATHIAS FIEDLER, FABIAN GEORGI, LEE HIELSCHER, PHILIPP RATFISCH, LISA RIEDNER, VEIT SCHWAB und SIMON SONTOWSKI in der Einleitung – das Migrations- und Grenzregime der EU in **eine dreifache Krise**: „Erstens hatten sich die gemeinsamen Außengrenzen als de facto nicht kontrollierbar erwiesen, zweitens brach das für (nord-)westeuropäische Staaten als Kompensation zur Abschaffung der Binnengrenzen eingesetzte Gemeinsame Europäische Asylsystem in sich zusammen und drittens wurde die Personenfreizügigkeit von Unionsbürger*innen sowie die Idee der ‚sozialen Union‘ massiv in Frage gestellt.“ Während diese drei Krisenerscheinungen sowohl im öffentlichen Diskurs als auch in weiten Teilen der Migrationsforschung meist als getrennte Themen behandelt würden, versuchen die Aufsätze im gerade erschienenen Heft 1/2017 des Jahrgangs 3 von *MOVEMENTS. Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung* – Titel: „Umkämpfte Bewegungen nach und durch Europa“ – sie analytisch zusammenzubringen.



„Die durch dieses Regime vorgenommenen Unterscheidungen zwischen schutzbedürftigen Geflüchteten und illegalisierten Migrant*innen, zwischen legitimen Asylgründen und ‚Asylmissbrauch‘ sowie zwischen erwünschter Mobilität von Arbeitskräften und sogenannter ‚Armutszuwanderung‘ bzw. ‚Sozialtourismus‘ sind allesamt Effekte des umkämpften Politik- und Wissensfeldes der Migration und daher nicht unabhängig voneinander zu verstehen.“

Folgende Aufsätze und Interviews enthält das Heft:

- Carole Reckinger / Gilles Reckinger / Diana Reiners: Bitter Oranges. African Migrant Workers in Calabria
- Katherine Braun / Robert Matthies: Ökonomisierte Menschenrechte. Meritokratische Bürgerschaft am Beispiel des ‚Genfer Wegs‘
- Jacob Lind / Maria Persdotter: Differential Deportability and Contradictions of a Territorialised Right to Education. A Perspective from Sweden
- Fiorenza Picozza: Dublin on the Move. Transit and Mobility across Europe’s Geographies of Asylum
- Lisa Riedner: Aktivierung durch Ausschluss. Sozial- und migrationspolitische Transformationen unter den Bedingungen der EU-Freizügigkeit
- Bue Rübner Hansen / Manuela Zechner: Intersecting Mobilities. Declassing and Migration from the Viewpoint of Organising within and against Precarity
- Laura Scheinert: Collapsing Discourses in Refugee Protection Policies. Exploring the Case of Germany’s Temporary Humanitarian Admission Programmes
- Kiri Santer / Vera Wriedt: (De-)Constructing Borders. Contestations in and around the Balkan Corridor in 2015/16
- Fritz Rickert: Preparing for More. Europäische ‚Grenzsicherung‘ vor dem Hintergrund des neuen Migrationsgesetzes in der Türkei
- Mathias Fiedler / Lee Hielscher: Aus den Kreisläufen des ‚Schweinesystems‘. Die Fleischindustrie im Oldenburger Münsterland als Regime von Mobilität und Ausbeutung
- Miriam Lang: Den globalen Süden mitdenken! Was Migration mit imperialer Lebensweise, Degrowth und neuem Internationalismus zu tun hat
- Aino Korvensyrjä: The Valletta Process and the Westphalian. Imaginary of Migration Research.
- Anja Breljak: Subjektivierungsgefüge Grenzkontrolle. Warten, sich ausweisen, weitergehen?
- Nina Kullrich: „A Bridge between the Refugee Movements and the Feminist Movements“. An Interview with Bethi Ngari
- Emal Ghamsharick / Leila Saadna / Nadiye Ünsal: Mall of Shame – Pay your workers! An Interview with Bogdan Droma

Quelle: budrich.

Bildnachweis: <http://www.transcript-verlag.de/978-3-8376-3571-3/movements.-Journal-fuer-kritische-Migrations-und-Grenzregimeforschung>

M4/17-1 **Flucht aus dem sicheren Afghanistan: gelungen**

Über AHMAD SHAKIB POUYA, den gelernten Zahnarzt, Krankenpfleger und Musiker, der aus Afghanistan nach Deutschland fliehen musste, weil er sich durch seine liberale, pro-westliche Einstellung für die Taliban verdächtig gemacht hatte, und der unter der Androhung der Ausweisung – freiwillig – nach Afghanistan zurückkehrte, war in den SSIP-Mitteilungen zu lesen (M3/16-4). Eigentlich war er im Sinne der offiziellen Politik **der ideale Flüchtling**: beinahe sechs Jahre in Deutschland, feste Stelle in der Flüchtlingsberatung der IG Metall in Frankfurt und Tätigkeit als Gerichtsdolmetscher in sechs Sprachen. Aber da Afghanistan **ein sicheres Land** ist, musste er im Januar 2017 freiwillig ausreisen.

Der Verein *Zuflucht Kultur* e.V. und die Agentur der Opernsängerin Cornelia Lanz haben am 15. März mitgeteilt, dass Pouya dank eines auf Anfang August 2017 befristeten Arbeitsvisums nach Deutschland

zurückkehren konnte. Die Agentur schrieb in ihrer Pressemitteilung: „In den mehr als 50 Tagen seit seiner Rückkehr nach Afghanistan am 20. Januar lebte Pouya unter sehr bedrückenden und gefährlichen Umständen: Untergetaucht in Kabul und ständig sein Quartier wechselnd, verließ ihn nie die Furcht, verraten zu werden.“

„Den Weg zur Rückkehr eröffnet hat ihm ein Projektvertrag der Münchner Schauburg, ein Kinder- und Jugendtheater der Stadt München, das Pouya eine Hauptrolle in einer Neuproduktion von Rainer Werner Fassbinders „Angst essen Seele auf“ angeboten hat,“ teilt die Pressestelle von *Zuflucht Kultur* e.V. mit. Jetzt arbeitet man daran, dass Herr Pouya auch über die Dauer des Visums hinaus ein Bleiberecht in Deutschland erhält. Eine Chance besteht, weil JOSEF E. KÖPPLINGER, Intendant des Staatstheaters am Gärtnerplatz, Pouya ein Engagement in Aussicht gestellt hat.

Während die Zentrale Ausländerbehörde der Stadt Augsburg massiven Druck auf den Geflüchteten ausübte (M3/16-4, S. 17), hat sich die Zivilgesellschaft für den Verfolgten eingesetzt, z.B. ein Orchestermusiker des Staatstheaters am Gärtnerplatz, die Leiterin der Flüchtlingsberatung der IG Metall in Frankfurt, der Verein *Zuflucht*

Kultur e.V., Studierende des Departments Kunstwissenschaften der Universität München und die Initiatoren des Blogs „AHMAD POUYA – keine Abschiebungen nach Afghanistan!“, nicht zuletzt der deutsche Botschafter in Kabul, der Leiter des Goethe-Instituts Kabul sowie die zuständige Ausländerbehörde der Stadt München. Schließlich haben Journalisten der Affäre Pouya große Aufmerksamkeit verschafft. Diese Aufmerksamkeit, schreibt *Zuflucht Kultur* e.V., hat dazu geführt, dass sich Politiker und Politikerinnen für Pouya stark gemacht haben. „Zunächst waren dies vor allem der bayerische Staatsminister a.D. Dr. THOMAS GOPPEL und Bundestagsvizepräsidentin CLAUDIA ROTH, später auch das deutsche Auswärtige Amt sowie das Bundespräsidialamt.“

Quellen: Presse-Informationen, Bewegtbilder, Fotos, O-Töne und die bisherige Berichterstattung zu Pouya vermittelt der Pressekontakt von Zuflucht Kultur (Nicola Steller, steller@freie-pr.de, Tel.: 07156 /350616, 0162/3482879). Pressekontakt Schauburg München: Dagmar Schmidt, dagmar.c.schmidt@t-online.de, Tel.: 0160/97328986. Mehr Informationen: www.zufluchtkultur.de

M5/17-1 Europas tote Flüchtlinge 2016

Am 24. April lud die private *Hertie School of Governance* in Berlin zu einer Paneldiskussion mit JULIA BLACK, BAŞAK ÇALI, LAURENT MUSCHEL, TANKRED STÖBE und RALPH WILDE ein. Anlass war die hohe Zahl im Mittelmeer ertrunkener Flüchtlinge. Im Jahr 2016 mussten wir die bisher höchste Opferzahl registrieren. Mehr als 5 000 Migranten sind nach Angaben des UN-Hochkommissars für Flüchtlinge im Mittelmeer umgekommen, das sind durchschnittlich **14 Ertrunkene pro Tag** gewesen. Die meisten von ihnen waren auf der zentralen Mittelmeer-Route unterwegs. Währenddessen haben sich die Medien stärker auf den Rückgang der Zahl der Asylsuchenden, die es schafften, europäischen Boden zu betreten, konzentriert. Laut der EU-Statistik sank die Zahl der Asyl-Erstanträge in den 28 Mitgliedsstaaten in den ersten drei Quartalen 2016 um 15% gegenüber demselben Zeitraum 2015. Warum – so wurde gefragt – ist das Problem der Todeszolls durch Ertrinken so verblasst? Ist der politische Prozess zu einem Halt gekommen, weil sich die Öffentlichkeit an diese tägliche Katastrophe gewöhnt hat?

Julia Black arbeitet als Projekt-Koordinatorin für die *International Organization for Migration* (IOM), Laurent Muschel ist seit September 2013 Direktor für „Migration and Protection“ in der *Generaldirektion für Migration und Inneres* der Europäischen Kommission. Die Moderation lag bei Başak Çali, Professorin für Internationales Recht an der Hertie School. Tankred Stöbe kommt von *Médecins Sans Frontières* und ist dort seit 2015 im Internationalen Beirat. Dr. Ralph Wilde gehört der Juristischen Fakultät des *University College London* an und ist Senior Research Associate in der *Refugee Law Initiative of the Human Rights Consortium* der *School of Advanced Studies* an der *University of London*.



SSIP-Mitglied Pfarrerin Kruse hat es in ihrer Predigt zum 2. Sonntag nach Trinitatis Anfang Juni 2016 angeprangert: „Was glauben wir Europäer eigentlich, wer wir sind, dass wir, die wir unverdienterweise **auf der Sonnenseite des Lebens geboren** wurden, Mauern bauen, um diejenigen draußen zu halten, die auch in Würde leben wollen? Dass wir sie sehenden Auges ersaufen lassen?“

Quelle: Hertie School / SSIP.

R. Religion

R1/17-1 Atlas der religiösen Vielfalt in Berlin

Die Zahl unterschiedlicher Religionsgemeinschaften in Berlin ist groß. Hier leben Menschen aus über 180 Herkunftsländern, und es gibt **über 300 religiöse Gruppierungen**. Schon die verstorbene ROSWITH GERLOFF, Pfarrerin und ehemaliges Vorstandsmitglied im SSIP, hatte vor mehr als zehn Jahren darauf aufmerksam gemacht, man solle sich stärker mit der religiösen Vielfalt in den Städten beschäftigen. Dieser Aufgabe widmet sich wenigstens für christliche Glaubensgemeinschaften seit einigen Jahren für Berlin der Arbeitskreis CSI (*Christ sein interkulturell*), in dem unter anderen der Vorsitzende der Theologischen Kommission des Ökumenischen Rates Berlin-Brandenburg und der Ökumenebeauftragte des Erzbistums Berlin sowie der Vorsitzende des SSIP mitwirken.

Nun hat der landeskirchliche Pfarrer der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, Dr. ANDREAS GOETZE, der seit 2012 für den interreligiösen Dialog zuständig ist, zusammen mit der Geschäftsführerin des *Berliner Forum der Religionen*, JUANITA VILLAMOR-MEYER, ein **Verzeichnis interreligiöser Projekte und Initiativen in Berlin** herausgegeben.

Interreligiöser Stadtplan, hrsg. v. Andreas Goetze / Juanita Villamor-Meyer, Berlin: Aphorisma Verlag 2016, ISBN 978-3-86575-061-7, 146 S.

Der Leser erhält Informationen über die Geschichte und die Arbeitsweise des Berliner Forums der Religionen und über eines seiner wichtigsten Projekte, die Berliner „Lange Nacht der Religionen“; Dr. Goetze hat einen Beitrag zu den Grundlagen für einen Dialog der Religionen beigesteuert. GERDI NÜTZEL weitet mit ihrem Beitrag „FREI-RÄUME. Existierende und utopische interreligiöse Orte nicht nur in Berlin“ den Blick über Berlin hinaus.

Auf den folgenden hundert Seiten stellen sich

interreligiöse Projekte und Initiativen in Berlin nach einem einheitlichen Muster vor: „Wer wir sind und was wir machen...“ / „Wir möchten...“, worauf noch ein „Persönliches Statement“ folgt. So geht es in alphabetischer Reihenfolge von der *Arbeitsgemeinschaft der Kirchen und Religionsgesellschaften in Berlin* los über

- *Besser Gemeinsam*
- *Cafe Abraham-Ibrahim*
- *Christlich-Muslimisches Gespräch Rixdorf*
- *Cooking for Peace*
- *Forum Dialog Berlin*
- die *FRANZISKANISCHE INITIATIVE 1219 e.V.*
- usf., weiter über verschiedene Arbeitskreise wie z.B. *Initiativkreis Berliner Dialog der Religionen für Kinder und Jugendliche*, wo Juanita Villamor-Meyer selber Ansprechpartnerin ist.

Nicht zu vergessen:

- *Interreligiöser Kräutergarten*
 - *WIR GESTALTEN e.V.*: Kiezcafé, Familiencafé, Kiezpatenschaften, Flüchtlingspatenschaften
 - die Veranstaltungsreihe „Ästhetik der religiösen Begegnung. Ein interreligiöses Sprechen, Hören, Singen, Sehen, Berühren, Schmecken und Riechen. Veden Torah Tripitaka. Bibel Koran & Kunst“
 - *meet2respect / Leadership Berlin – Netzwerk Verantwortung e.V.*
 - *Muslimisches SeelsorgeTelefon / Kirchliche Telefonseelsorge in Berlin und Brandenburg*
 - *Religions for Peace / Berlin* (RfP/Berlin)
 - die *Salaam-Schalom Initiative*
 - *Universeller Gottesdienst / Sufi-Bewegung*
 - *Werkstatt Religionen und Weltanschauungen*, bis:
 - „Zeig mir Deine Welt – CROSS ROADS“ für junge Berliner / Berlinerinnen mit unterschiedlichen religiösen und kulturellen Identitäten, die sich als Stadtführer ausbilden lassen möchten,
- ... womit die Liste nicht erschöpft ist.

R

Einer besonderen Erwähnung wert ist der *Freundeskreis Givat Haviva Deutschland*, weil dieser Verein für Verständnis und Versöhnung zwischen Juden und Palästinensern wirbt. Er bietet Weiterbildungsmöglichkeiten für alle Altersstufen und alle Bereiche der Gesellschaft an, deren Besonderheit es ist, dass sowohl die Lehrerinnen/Lehrer als auch die Kursteilnehmer zur Hälfte Juden und zur Hälfte Palästinenser sind. Das Flaggschiffprogramm ist *Shared communities*, in dem eine jüdische und eine palästinensische Stadt innerhalb Israels eine Städtepartnerschaft eingehen.

Der *Interreligiöse Stadtplan* steht auch im Internet zum Blättern und zum Vervollständigen:
<http://www.interreligioeser-stadtplan.de>

Quelle: SSIP

T_{1/17-1} Jugendkongress des IJAB

Auf einem Jugendkongress des IJAB haben im Schweriner Schloss Jugendliche aus aller Welt unter dem Motto „Wir bewegen die Welt von morgen / We move tomorrow's world“ drei Tage lang diskutiert, welchen Einfluss aktuelle politischen Entwicklungen auf ihr Leben und ihre Mobilitätschancen haben, welchen Beitrag internationale Jugendbegegnungen zu Austausch und Verständigung leisten und wie mehr Jugendliche für Auslandsaufenthalte begeistert werden können.

Die Jugendlichen aus über 20 Nationen waren auf Einladung von IJAB – *Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland* e.V. zusammengekommen. Alle verfügten bereits über Auslandserfahrungen in Form von z.B. Jugendgruppenbegegnungen, Freiwilligendiensten, Workcamps oder Schüleraustauschmaßnahmen.

In unterschiedlichen Workshops haben die jungen Leute ihre **Erfahrungen** als Diskussionsgrundlage genutzt, um der Internationalen Jugendarbeit Empfehlungen für die Zukunft an die Hand zu geben: Wie sieht aus ihrer Perspektive der ideale Auslandsaufenthalt aus? Was bewirken internationale Begegnungen und welche Folgen haben sie? Was muss passieren, damit noch mehr Jugendliche die Chance eines Auslandsaufenthaltes nutzen können?

Am 21. April übergaben die Jugendlichen ihre **Empfehlungen** an Bundesjugendministerin Manuela Schwesig. „Alle jungen Menschen müssen gleichberechtigt die Möglichkeit haben, an einer internationalen Begegnung teilzunehmen“, forderten die Jugendlichen in ihrem Gespräch mit der Bundesjugendministerin. Um Chancengleichheit

zu ermöglichen, sollten die Jugendinformation und Jugendberatung über Auslandsaufenthalte ausgebaut werden, finanzielle Hürden gesenkt und die Bürokratie reduziert werden. Die Teilnehmenden der Jugendkonferenz betonten die Bedeutung von Europa und weltweiter Zusammenarbeit. Politikverdrossenheit und Nationalismus setzen sie Partizipation und Transparenz entgegen. Hierfür wäre ihrer Meinung nach eine stärkere Präsenz europaspezifischer Themen in den Lehrplänen hilfreich, und der Einsatz erfahrener internationaler Jugendrepräsentant(inn)en könnte – nicht nur in Schulen – den Wert von internationalem Austausch hervorheben.

Die Ministerin betonte unter anderem: „Ein Europa in Frieden, **ein einziges Europa** ist eine historische Errungenschaft, die wir auch dadurch erhalten,

T. Interkulturelle Tourismuspolitik



IJAB-Jugendkonferenz in Schwerin 2017 unter dem Motto „Wir bewegen die Welt von morgen“, mit Bundesjugendministerin Manuela Schwesig (1. Reihe, Mitte) sowie IJAB-Direktorin Marie-Luise Dreber und IJAB-Vorsitzendem Lothar Harles (1. Reihe, rechts). – Bildnachweis: Anke Berger/IJAB

dass Menschen sich begegnen. Das persönliche Gespräch mit Gleichaltrigen aus anderen Ländern, das Kennenlernen unterschiedlicher Kulturen sind wichtig für eine offene, tolerante Gesellschaft. Gerade in Zeiten tiefgreifender Veränderungen in Europa und der Welt kommt es auf junge Menschen an, die durch ihr Interesse an anderen Kulturen zu einem friedlichen und solidarischen Zusammenleben beitragen [...]“.

Die Ergebnisse der Jugendkonferenz sollten in den IJAB-Fachkongress „Begegnen, bewegen, gestalten – Herausforderungen und Chancen der

Internationalen Jugendarbeit in der globalisierten Welt“ einfließen. Dieser fand am 18. Mai 2017 in Berlin mit Fachkräften der Jugendarbeit, Wissenschaftlerinnen, Wissenschaftlern und politischen Verantwortlichen statt. Der Fachkongress, wie auch die Jugendkonferenz, waren Teil der Jubiläumsveranstaltungen anlässlich des 50. Geburtstags von IJAB – *Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland*.

Quelle: IJAB Pressestelle / C. Piesche

W. Welt- innenpolitik

Rettet das Palais am Festungsgraben!

Berlin braucht ein Haus für die Vereinten Nationen – Die Vereinten Nationen brauchen einen Ort in Berlin

Wir, die Unterzeichnenden, unterstützen

- die Initiative für ein UN-Zentrum in Berlin als einen Ort für den Dialog zwischen Zivilgesellschaft und Vereinten Nationen;
- den Vorschlag, im Palais am Festungsgraben in der Nähe des UNESCO-Weltkulturerbes „Museumsinsel“ ein „Haus für die Vereinten Nationen“ in Berlin am Boulevard Unter den Linden zu entwickeln;
- dass sich dort die in der UN-Charta festgelegten Grundsätze und Grundwerte Frieden, Sicherheit, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit für deutsches internationales Engagement in Debatten und Aktivitäten mit der Bürgerschaft gerade in Berlin manifestieren sollten;
- dass vorrangige Themen der UN-Agenda wie Nachhaltige Entwicklung, kulturelle Vielfalt, Konfliktprävention und Krisenbewältigung öffentlich diskutiert werden;
- dass das Zentrum auch anderen internationalen und regionalen Organisationen, Nichtregierungsorganisationen und Botschaften in Berlin Gelegenheit zum Austausch bietet.

Wir halten es für sinnvoll, dass angesichts der Bedeutung Deutschlands ein zentraler Ort in der deutschen Hauptstadt geschaffen wird, der die kontinuierliche Information und Diskussion über Aktivitäten der Vereinten Nationen und deren Bedeutung für eine bessere Welt stärkt, dass ein offenes UN-Zentrum in Berlin auch als Standort für eine ständige Ausstellung über die UNO, ihre Geschichte und relevante UN-Fragen entsteht, um der deutschen und internationalen Öffentlichkeit unser Engagement für die Vereinten Nationen zu demonstrieren.

Wir stimmen darin überein, dass ein solches „Haus für die Vereinten Nationen“ perfekt in die

historische Mitte Berlins gehört, umgeben von einzigartigen Wahrzeichen der vielfältigen deutschen Geschichte, Kultur, Wissenschaft, Religion und Politik und als wichtiger Dialogpartner für das nahe gelegene Humboldt-Forum.

Wir appellieren an die Berliner, den Regierenden Bürgermeister und das Abgeordnetenhaus von Berlin, der weiteren unangemessenen Zwischennutzung und Verwahrlosung dieses historisch bedeutsamen Gebäudes aus dem 18. Jhd. entgegenzuwirken und unsere Initiative für ein „Haus für die Vereinten Nationen“ im Palais am Festungsgraben nachhaltig zu unterstützen sowie die notwendigen Schritte zur Realisierung dieses Vorhabens einzuleiten.

Annette Ahme, Prof. Dr. Liselotte Ahnert, Prof. Dr. Wolfgang Ahnert, Alice Ahrendt, Volker Amrhein, Hartmut Bäumer, Eckardt Barthel, Dr. Hartwig Berger, Tim Bittiger, Dr. Hans Otto Bräutigam, Dr. Joachim Braun, Dr. Ludwig Brüggemann, Andreas Bummel, Jutta Burr, Stephan Dömpke, Brigitte Döring, Detlef Dzembritzki, Gerd Eckel, Prof. Dr. Lutz Eckensberger, Prof. Dr. Peter Eigen, Annegret Falter, Angelika Fessmann, Dr. Ingo Fessmann, Dr. Hatto Fischer, Helga Förster, Prof. Dr. Barbara Freytag-Leyer, Prof. Dr. Dieter Frick, Dr. Helmut Frick, Petra Frick, Sylvie Garoa, Prof. Dr. Eberhard Göpel, Dr. Burkhardt Göres, Dr. Udo Gößwald, Dr. Helga Graetz, Dr. Ekkehard Griep, Dr. Christian Hanke, Dr. Hannelore Hegel, Doris Hertrampf, Marianne Heuwagen, Dr. Frank Hirsch, Dr. Gerhard Hofmann, Gerhard Hoya, Prof. Dr. Klaus Hüfner, Gudrun Jeschonnek, Günter Jeschonnek, Prof. Dr. Ulf Kadritzke, Gesche Karrenbrock, Traugott Klose, Wolfgang Knepper, Dr. Maritta Koch-Weser, Tom Koenigs, Miriam Kreibich, Prof. Dr. Rolf Kreibich,

Dr. Renate Kreibich-Fischer, Hans Kröner, Hanna Ingeborg Kügler, Frank Leeb, Dr. Kerstin Leitner, Prof. Dr. Hans-Joachim Lenz, Ingrid Lottenburger, Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Wolfgang Mackiewicz, Thomas Matussek, Konrad Melchers, Dr. Jörg Melsheimer, Polina Mitsova, Werner Mittelstaedt, Dr. Gernot Moegelin, Marleen Moegelin, Dr. Anita Müller, Dr. Hans-Jürgen Nantke, Karl Heinz Niedermeyer, Doris Pastille, PD. Dr. Reinhard Pastille, Uta Petersen, Heike Pieper, Dr. Gunter Pleuger, Prof. Dr. Dieter Puchta, Dr. Hans-Volker Pürschel, Monika Puginier, E. Quistorp, Walter Rasch, Silvan Rehfeld, Prof. em. Dr. Helmut Reisen, Dirk-Jens Rennefeld, Manfred Rettig, Dr. Christa von Richthofen, Dr. Hermann von Richthofen, Prof. Dr. Herwig Roggemann, Lea Rosh, Anatoly Rothe, Nikolaus Sander, Barbara Anne Scheffer, Dr. Jan Schmitt-Tegge, Marina Schnurre-Roggemann, Prof. Dr. Wolfgang Schönpflug, Peter Schrage-Aden, Dr. Mona Schrempf, Christa Siebel, Prof. Dr. Walter Siebel, Peter Sötje, Peter Spiegel, Brigitte Stenzel, Jochen Stoehr, Ralf Südhoff, Wilfried Telkämper, Evelyn Thiede, Stefan R. Tomek, Dr. Maria Angela Torres Kremers, Dr. Armin Triebel, Nina Vladi, Dr. Ingeborg Vogel, Karsten D. Voigt, Prof. Dr. Peter Waller, Prof. Dr. Conrad Wiedemann, Ingrid Wiedemann, Prof. Dr. Paul Wrede, Dr. Gottfried Zeitz, Tilman Zülich, Dr. Ingrid Zundel

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. Rolf Kreibich, Vorsitzender Verein „Haus für die Vereinten Nationen gem. e. V.“, Kontakt: HVN, Am Festungsgraben 1, 10117 Berlin-Mitte, T. (030) 453 44 97
Werden Sie Mitglied!
 Spendenkonto: Berliner Volksbank, IBAN: DE47 1009 0000 2636 6850 06, BIC: BEVODE33, www.hvn-palais-berlin.de

W1/17-1 Ein Haus für die Vereinten Nationen

Mit 120 Unterzeichnern eines Aufrufs „Rettet das ‘Palais am Festungsgraben‘“ haben die Befürworter der Gründung eines Hauses für die Vereinten Nationen in Berlin ein weiteres eindrucksvolles Zeichen gesetzt. Wie der SSIP schon mehrfach berichtete (vgl. IKA-Nachrichten W4/16-4, SSIP2/15-3), kämpft der Verein *Haus für die Vereinten Nationen* an zwei Fronten dafür, dass die Idee der Vereinten Nationen im sogenannten **Palais am Festungsgraben** an der Straße Unter den Linden in Berlin eine Heimstatt bekommt – gegen den Versuch eines nahegelegenen Theaters, sich dieses großartige Palais als Remise und Verwaltungsgebäude zu erhalten, und gegen die notorische Dickfelligkeit und Gleichgültigkeit der Berliner Verwaltung, die kontroverse Probleme gerne aussitzt.

Der nebenstehende Aufruf erschien in der Zeitung *Der Tagesspiegel* am 30. März 2017.

W2/17-1 Projekte zur Erinnerungskultur in Chile

Die Pressestelle der Hessischen Staatskanzlei meldet: Die Hessische Landesregierung und der Hessische Landtag unterstützen zwei Projekte in Chile, die die Erinnerung an die Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen der **Pinochet-Diktatur** wach halten sollen. „Die Gewaltherrschaft und das schlimme Schicksal zehntausender Menschen darf niemals in Vergessenheit geraten. Dafür setzen wir uns ein – gemeinsam mit den Projektpartnern vor Ort, der *Villa Grimaldi* und dem Museum für Menschenrechte und Erinnerung“, sagte Ministerpräsident VOLKER BOUFFIER. Der hessische Regierungschef hatte im September 2016 gemeinsam mit Mitgliedern des Hessischen Landtags diese zwei Gedenkstätten in Santiago de Chile besucht und Opfer des Regimes von Augusto Pinochet getroffen.

Man setzt Hoffnungen darauf, dass die Entwicklung einer **Erinnerungskultur** eine Aussöhnung zwischen Tätern und Opfern fördern wird. „Die innere Aussöhnung im Land wird noch Jahre brauchen. Die Projekte der Gedenkstätten, die bis zum Ende des Jahres laufen, sind ein Baustein der Erinnerungskultur, mit der wir die Aussöhnung von Tätern und Opfern fördern wollen“, sagte Volker Bouffier. Auch die Landtagsabgeordneten HEIKO KASSECKERT (CDU), Günter Rudolph (SPD), ANGELA DORN (Grüne) und FLORIAN RENTSCH (FDP) sehen dies als einen Beitrag, Demokratie und Menschenrechte in Chile zu festigen. „Ohne sie kann es keine nachhaltige Entwicklung geben. Die Aufarbeitung der Vergangenheit ist die notwendige Voraussetzung dafür“, werden die Abgeordneten zitiert.

Die Förderung in Höhe von knapp 36 000 Euro ist Teil der **Entwicklungszusammenarbeit** des Landes Hessen. Sie wird seitens des *World University Service* (WUS) umgesetzt, der seit über 50 Jahren in Chile tätig ist und während der Pinochet-Diktatur rund 6 000 politisch verfolgte Chileninnen und Chilenen mit Stipendien gefördert hat

In der *Villa Grimaldi*, auf deren Gelände von 1975 bis 1988 Oppositionelle gefoltert und umgebracht wurden, werden bis zum Jahresende einhundert chilenische Schülerinnen und Schüler zu **Erinnerungs- und Menschenrechtsbotschaftern** ausgebildet. Das *Museum für Menschenrechte und Erinnerung* (*Museo de la Memoria y los Derechos Humanos*) macht landesweit mit sogenannten Stolpersteinen auf das Schicksal von Bürgerinnen und Bürgern aufmerksam, die während der Militärdiktatur verschwunden sind und ermordet wurden. Vorbild sind die Gedenksteine, die der deutsche Künstler GUNTER DEMNIG zur Erinnerung an jüdische NS-Opfer in vielen deutschen Städten verlegt hat.

Quelle: <https://www.hessen.de/presse/pressestelle/hessische-staatskanzlei-0> (11.04.2017), <https://staatskanzlei.hessen.de/presse/pressemitteilung/hessen-foerdert-projekte-zur-erinnerungskultur-chile>; Dr. Kambiz Ghawami, World University Service (WUS), www.wusgermany.de

Nachrichten für Mitglieder

SSIP 1/17-1 Die aktuellen Aktivitäten des SSIP

Im ersten Heft des Jahrganges 2017 mag es für unsere Mitglieder von Interesse sein, einen Überblick zu bekommen, in welche Aktivitäten ihr Verein derzeit involviert ist.

Vor einem Jahr konnte von der Gründung des SSIP-Arbeitskreises KiK – Konkretisierungen interkultureller Kommunikation – berichtet werden (2/2016, S. 2). Der AK KiK trifft sich seitdem regelmäßig. Er hat einige Aktivitäten entfaltet, die außerhalb des SSIP stattfinden:

KiK Konkretisierungen interkultureller Kommunikation
SSIP-Arbeitskreis lädt ein!

Am 3. Mai gab es an der Hochschule Magdeburg–Stendal die Vorstellung eines gerade abgeschlossenen Dissertationsprojekts; im Juli ist die Vorstellung eines gerade abgeschlossenen Masterprojektes zu erwarten; für November plant KiK eine Podiumsdiskussion in seiner Reihe „Über Grenzen hinaus“ zum Thema „Alltag und Literatur – Russische und spanische Erfahrungen von Grenzen“.

3. Mai 2017 15:30 – 17 Uhr Dr. des. Konrad Tschaepe	Propaganda über die Frontlinie. Probleme der interkulturellen visuellen Kommunikation im deutsch- sowjetischen Krieg 1941–1945	Hochschule Magdeburg–Stendal Magdeburg: Breitscheidstr. 2, Haus I, Raum 1.18
Dr. Christian Hufen Dr. Olga Kurilo Prof. Dr. Carlos Melches Detlef Stein Dr. Armin Triebel	Über Grenzen hinaus: Alltag und Literatur – Russische und spanische Erfahrungen und Grenzen	Termin und Ort werden in den SSIP-Mitteilungen bekanntgegeben

CSi

Seit mehreren Jahren gibt es die Arbeitsgruppe CSi – *Christsein interkulturell*. Sie ist aus einer Anregung unserer verstorbenen Stellvertretenden Vorsitzenden Dr. Roswith Gerloff erwachsen, wurde 2012 im Ökumenischen Rat Berlin-Brandenburg initiiert und wird jetzt getragen von der Theologischen Kommission des *Ökumenischen Rates Berlin-Brandenburg* (ÖRBB) unter Beteiligung von Mitgliedern des Internationalen Konvents Christlicher Gemeinden in Berlin und Brandenburg, des Diözesanrates der Katholiken im Erzbistum Berlin und des SSIP.

CSi besucht kleinere Religionsgemeinschaften, solche „fremder Sprache und Herkunft“ im Raum Berlin, um sich ein Bild von der in Berlin herrschenden religiösen Vielfalt zu machen. Darunter waren bisher einige pentekostale Gemeinden – z.B. *Akebulan – Globale Mission* in Berlin-Tegel, die *International Mission Church* (früher *Tamil Mission Church*) in Treptow, die

Divine Pentecostal Church of God in Potsdam –, die Berliner Gemeinde der *Katholischen Kirche der Altkatholiken* in Berlin-Wilmersdorf u.a.

Folgende Tagungen und Workshops haben bisher stattgefunden:

- 13. April 2012, „Dialogische Existenz – Identität in einer globalen Welt. Das Beispiel religiöser Identität zwischen den Kulturen“: Tagung des SSIP und des Internationalen Konvents im Haus des Berliner Missionswerks,
- 2. November 2013, „Gäste, Fremde, Mitbürger, Hausgenossen – Leben mit Andersartigkeit (Kirchliche Beziehungen in einer modernen Gesellschaft)“: Tagung des SSIP, des ÖRBB und des Internationalen Konvents im Bernhard-Lichtenberg-Haus der Katholischen Hedwigs-Gemeinde,
- 8. November 2014, „Christ*in sein interkulturell – Was bedeutet es für uns heute, Christ*in in interkultureller Gesellschaft in

Deutschland zu sein?": Workshop im Bernhard-Lichtenberg-Haus der Katholischen Hedwigs-Gemeinde,

- 14. November 2015, „Wir bleiben unvollkommen in Christus – Umgang mit ökumenischer Differenz“ in der Luisenkirche in Berlin-Charlottenburg,
- 22. April 2017, „‘Wie lieblich ist es, wenn Schwestern und Brüder einträchtig bei einander wohnen‘ (Psalm 133,1) – Ist das möglich?“

WIKA

Der SSIP ist seit 1998 Korrespondierendes Mitglied des *ifa – Institut für Auslandsbeziehungen* (Stuttgart). Diese Auszeichnung resultiert konkret in der Mitgliedschaft im *Wissenschaftlichen Initiativkreis Kultur und Außenpolitik* (WIKA) des *ifa* und in dessen Unterstruktur *Stiftung Wissensraum Europa–Mittelmeer e.V. / Fondation Espace du Savoir Europe-Méditerranée* (WEM).

CNSS

Einige SSIP-Mitglieder nehmen an Veranstaltungen des *Clausewitz-Netzwerkes für strategische Studien e.V. (CNSS)* an der Führungsakademie der Bundeswehr teil. Dort geht es um interkulturelle Erfahrungen im Rahmen von Auslandseinsätzen der Bundeswehr.

Die nächste Sitzung der AG Kultur im Clausewitz-Netzwerk für Strategische Studien (Hamburg) findet in diesem Jahr nicht an der Führungsakademie statt, sondern wird Teil der internationalen Tagung am *Zentrum für Innere Führung* der Bundeswehr in Koblenz.

SSIP 2/17-1 Von Berlin nach Genua

Unser Mitglied Pfarrerin ELISABETH KRUSE, die im Kirchenkreis Neukölln unter anderem die Beauftragte für interreligiösen Dialog und interkulturelle Arbeit war, hat ihre Tätigkeiten in Berlin aufgegeben und zieht zum 1. Juli 2017 nach Genua um. Sie wird dort für die Evang.-Lutherische Kirche in Italien die deutsche Gemeinde betreuen.

Zu ihren vielen Initiativen in Berlin gehörte die Gründung des Vereins *Treffpunkt Religion und Gesellschaft*, der den Dialog zwischen den Angehörigen unterschiedlicher Konfessionen und mit Säkularisierten gefördert hat. Insbesondere war ihr immer das Gespräch mit den Muslimen im Kirchenkreis ein Anliegen. Eine Abordnung muslimischer Mitbürger hat denn auch beim Abschiedsgottesdienst in der voll besetzten Genezareth-Kirche in Berlin-Neukölln teilgenommen. Zu den Rednern, die ein Grußwort sprachen, gehörte auch die Neuköllner Bezirksbürgermeisterin Dr. FRANZISKA GIFFEY, die Elisabeth Kruse die Goldene Ehrennadel des Bezirks überreichte, und der Landespfarrer für den interreligiösen Dialog in der Evang. Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO) Dr. ANDREAS GOETZE.



Bild: Kruse

Elisabeth Kruse bleibt weiterhin im SSIP. Wir freuen uns, von ihr zu gegebener Zeit interkulturelle Einblicke und Einsichten aus ihrem neuen Lebens- und Arbeitsumfeld zu erhalten.

Der SSIP trennt sich aus Kostengründen von der Bank für Sozialwirtschaft. Ab 1. September erlischt das dort geführte Konto für unsere Mitglieder. Wir geben die neue Bankverbindung bekannt, sobald sie benutzbar ist.



Durch einen Verkehrsunfall wurde am 13. März unser langjähriges Mitglied Prof. Dr. **Jürgen Klimpel**, Ehrenbürger der Hochschule Bremen, tragisch aus seinem Leben und aus vielen Plänen, die er noch hatte, herausgerissen. Er war seit mehr als 35 Jahren Mitglied im SSIP und fühlte sich insbesondere für sozial verträglichen und sozial angepassten Tourismus und Jugendreisen verantwortlich. Zum SSIP war er über den Soziologen Paul Trappe, der seit 1966 fast zwanzig Jahre lang Zweiter bzw. Erster Vorsitzender des SSIP war, gestoßen.

Jürgen Klimpel hatte Soziologie und Politologie in Bern studiert, hatte dann eine Stelle in der *Evangelischen Jugendakademie Radevormwald* und wechselte 1968 an die *Sozialakademie Bremen*. Als diese in die *Fachhochschule Bremen* bzw. *Hochschule / City University of Applied Sciences Bremen* übergang, gründete unser Mitglied dort den „Internationalen Studiengang Angewandte Freizeitwissenschaft“. Unsere Mitgliederversammlung 2009 fand bei ihm an der Hochschule statt. In unserem Verein war Jürgen Klimpel pflichtbewußter Teilnehmer an jeder Mitgliederversammlung und stellte sich häufig als Rechnungsprüfer zur Verfügung. Er war aktiv in der Mitgliederwerbung und hat immer wieder gerne SSIP-Material verteilt.

Prof. Klimpel hinterlässt seine Ehefrau Ruth Klimpel und seinen Sohn Matthias. Statt Blumen bat die Familie um Spenden zugunsten des *Familienzentrums Casa Belén* in Lima/Peru (IBAN DE90 5206 0410 0000 8049 40, Stichwort „Dr. Jürgen Klimpel“) oder zugunsten der *Förderungsgemeinschaft für kulturelle Arbeit und Bildung im Ausland* (IBAN DE52 763 500 000 006 007 533, Verwendungszweck: Deutsche Schule Durban, Stichwort „Dr. Jürgen Klimpel“).

Weit mehr als hundert Menschen füllten die Kirche in Bremen-Oberneuland am 30. März 2017 und begleiteten den Sarg zum Grab. Die Liturgie und die Predigt hielt Dompastor Christian Gotzen, Sohn Matthias sprach ein langes Gebet.

Der SSIP wird das Andenken an Prof. Dr. Jürgen Klimpel, ein treues, tüchtiges und gewissenhaftes Mitglied unseres Vereins, bewahren.



Bildnachweis: Triebel

SSIP-Tagungskalender

Der Tagungskalender ist eine Dienstleistung des SSIP für seine Mitglieder, um Informationsmöglichkeiten bereitzustellen und um Trends der Forschung abzubilden. Deswegen wird immer auch ein Rückblick auf die Veranstaltungen des vergangenen Vierteljahres geboten. Der SSIP fertigt diese Zusammenstellung aus verschiedenen Quellen an; Irrtümer und Übermittlungsfehler sind immer möglich. Die Mitglieder werden gebeten, Angaben bei Bedarf noch einmal zu überprüfen.

Rückschau 1. Halbjahr 2017

Ausstellung

„Einander Sehen“ – die interreligiöse Kalligraphie-Ausstellung

Kalligraphien als ästhetische Brücke im interreligiösen Dialog – aus Tora, Neuem Testament und Koran. Heilige Schriften als Wahrnehmungsraum und spirituelles Erleben

Shahid Alam (Aachen)

14.5.–9.7.2017

Berlin: Evang. St. Thomaskirche, Mariannenplatz 28, 10997 Kreuzberg

Öffnungszeiten: Mo.–So., 10–18 Uhr

Heilige Schriften, ob Tora, Bibel oder Koran, waren und sind zunächst einmal Hörbücher: Ihre Texte wurden und werden laut vorgelesen, rezitiert im Gottesdienst. Die geplante Ausstellung mit dem Künstler Shahid Alam lädt ein, mit allen Sinnen die drei großen Religionen Judentum, Islam und Christentum wahrzunehmen – über die Ästhetik der Schrift, der Betrachtung, eben der Kunst, verbunden mit Musikdarbietungen, Tanz und Vortragsabenden. Kalligraphiewerkshops für Schulklassen, Jugend- und Erwachsenengruppen ebenso wie gastfreundliche Abende der Begegnung und Feiern der Religionen. Ein spannender Prozess beginnt, der Brücken spannt über Kulturen hinweg, speziell zwischen Orient und Okzident. Gott ist schön, und er liebt die Schönheit.

Der Künstler ist die ganze Zeit anwesend und steht als Gesprächspartner zur Verfügung. Während der Ausstellung gibt es eine Vielzahl von Vorträgen und Diskussionen, s. das Veranstaltungsprogramm unter: <https://www.einandersehen.de/>.

Kalligraphiewerkshops mit Shahid Alam können unter mail@einandersehen.de gebucht werden, auch für Schulklassen, Jugend- und Erwachsenengruppen.

Quelle: SSIP



Die Chance ergreifen: EU-Afrika-Handelsbeziehungen neu gestalten

7.6.2017

Berlin: BROT FÜR DIE WELT (Carolin-Michaelis-Str. 1)

Die Konferenz wird gemeinsam von KASA, Attac, Brot für die Welt, Germanwatch und Misereor organisiert.

In Vorbereitung des G20-Gipfels bemüht sich die Bundesregierung, auch Vertreterinnen / Vertreter der afrikanischen Staaten einzubeziehen. Dabei möchte sie mit Initiativen wie dem „Marshallplan mit Afrika“ und der Sonderkonferenz „Compact with Africa“ die Aufmerksamkeit auf die wirtschaftliche Entwicklung der afrikanischen Staaten lenken.

Die Frage stellt sich, ob die gegebenen handelspolitischen Rahmenbedingungen, wie die EU-Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (engl.: EPAs), eine armutsreduzierende und inklusive ökonomische Entwicklung Afrikas wirklich fördern werden. Darüber und über Alternativen werden afrikanische und europäische Vertreterinnen / Vertreter aus Politik und Zivilgesellschaft auf Podien und in Workshops diskutieren.

Weitere Einzelheiten unter: <http://www.kasa.de/veranstaltungen/detail/die-chance-ergreifen-eu-afrika-handelsbeziehungen-neu-gestalten/> – Anmeldung: handelskonferenz-berlin@kasa.de

Quelle: Dr. Boniface Mabanza, Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika (KASA), im Welthaus Heidelberg, Willy-Brandt-Platz 5, 69115 Heidelberg, Tel.: 06221 / 4333617, boniface.mabanza@woek.de

Politische Dimension der Internationalen Jugendarbeit

12.6.2017

Köln: Forschungsschwerpunkt „Non-formale Bildung“ an der TH Köln

Jahrestreffen der Arbeitsgruppe „Politische Dimension der Internationalen Jugendarbeit“ im Rahmen von FPD (*Forscher-Praktiker-Dialog zur Jugendarbeit*). Die AG dient dem Austausch über aktuelle Prozesse, der Vernetzung verschiedener Akteurinnen / Akteure und der Identifikation möglicher Folgeprozesse.

Andreas Rosellen (rosellen@transfer-ev.de)

Quelle: [ijab](http://www.ijab.de)

Multiple Secularities – Beyond the West, Beyond Modernities

18.–20.6.2017

Leipzig

Über die postkoloniale Kritik hinaus hat neuerdings das Werk des Ethnologen TALAL ASAD eine neue Schule hervorgebracht, die frühere Forschungen über Religion und Gesellschaft herausfordert. Asad hat die Aufmerksamkeit auf die Art und Weise gelenkt, wie hegemoniales Wissen über Religion durch Arrangements von Macht, die in ein säkulares Epistem gekleidet sind, vorstrukturiert wird.

Gegen diesen Hintergrund will die Tagung die Aufmerksamkeit wieder zurücklenken auf historische und soziologische Fragen, die Konzepte und Praktiken von Distinktion und Differentiation, soweit sie mit Religion und säkularem Denken verbunden sind, betreffen. Unter dem Eindruck der Theorie der *multiple modernities* befragt der Ansatz der *multiple secularities* herkömmliche Auffassungen bezüglich des Verhältnisses der Konzepte ‚Westen‘ und ‚Modernität‘.

Markus Dressler (Kolleg-Forscherguppe „Multiple Secularities – Beyond the West, Beyond Modernities“): markus.dressler@uni-leipzig.de; <http://www.multiple-secularities.de/application>

Quelle: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine/id=33033>

Vielfalt erleben – Internationale Jugendarbeit stärkt lokale Gesellschaften

22.6.2017

Bonn

Fragen nach dem Umgang mit Vielfalt, sozialem Zusammenhalt und einer verantwortungsvollen Gestaltung des Zusammenlebens bestimmen über die Zukunftsfähigkeit von Städten wie von ländlichen Gegenden. Internationale Jugendarbeit kann hier einen wichtigen Beitrag leisten. Die Fachtagung findet im Rahmen der jugendpolitischen Initiative „JiVE. Jugendarbeit international – Vielfalt erleben“ statt, bei der verschiedene Träger, Organisationen und Stiftungen seit vielen Jahren daran arbeiten, dass alle jungen Menschen von den Angeboten Internationaler Jugendarbeit profitieren können. Die Teilnehmenden der Fachtagung sind im Anschluss herzlich zum Empfang im Alten Rathaus der Stadt Bonn anlässlich des 50-jährigen Jubiläums von IJAB eingeladen.

In einer Podiumsrunde „Mut zur Vielfalt! Internationale Jugendarbeit bewegt“ wird es unter anderem darum gehen, welche Chancen die Internationale Jugendarbeit Kommunen bei der Bewältigung ihrer aktuellen Herausforderungen eröffnet.

<https://www.ijab.de/was-wir-tun/mobilitaet-jugendinformation/jive/jive-jugendarbeit-international-vielfalt-erleben/a/show/bitte-vormerken-fachtagung-vielfalt-erleben-internationale-jugendarbeit-staerkt-lokale-gesellschaften-am-22-juni-in-bonn/>

Quelle: *ijab*

„Was ist möglich, was geht nicht? Die rechtliche Lage geflüchteter Menschen und deren Bedeutung für die politische Bildungsarbeit“

22.6.2017

Berlin: Haus der Jugendarbeit und Jugendhilfe, Mühlendamm 3, 10178 Berlin

In der politischen Bildungsarbeit mit geflüchteten Menschen tauchen immer wieder Unsicherheiten auf hinsichtlich ihres rechtlichen Status und des rechtlichen Rahmens ihres Aufenthaltes. Im Mittelpunkt steht immer wieder die Frage, welche rechtlichen Vorgaben es gibt und wie sich diese auf die Bildungsarbeit auswirken (Was bedeuten Residenzpflicht und Wohnortauflagen? Dürfen Geflüchtete an Exkursionen oder Studienfahrten teilnehmen? Welche Arbeitsmöglichkeiten z.B. als Teamer/-in sind möglich? Dürfen Honorare gezahlt werden? Wer hat welche Aufenthaltsperspektive?)

Die vom *Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten* (AdB) in Kooperation mit dem *Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit* (IDA) angebotene Fortbildung möchte Antworten auf diese Fragen geben. Ein einführender Vortrag wird die rechtliche Situation darstellen und erläutern. Die Frage, was die Rechtslage für die Betroffenen selbst bedeutet und welche Auswirkungen sie aus ihrer Perspektive hat, wird ebenfalls nicht zu kurz kommen.

Der zweite Teil der Fortbildung ist den (Unterstützungs-)Strukturen, den Ansprechpartnerinnen/-partnern und Kontakten gewidmet. Abgerundet wird der Fortbildungstag mit einem Überblick über Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten.

Die Veranstaltung richtet sich an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in Bildungsstätten und anderen Einrichtungen. Teilnahmebeitrag 20 €.

Anmeldungen bis zum 15. Juni 2017 beim *Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten* e.V. (AdB): Silke Neumann, Mühlendamm 3, 10178 Berlin, Tel.: 030 / 400 401-00 | Fax: -22, E-Mail: neumann@adb.de

Quelle: *ida17.5—17:52*

Sprache und Politik — Wahlkampf und politische Öffentlichkeit in Zeiten medialen Wandels

XXXIII. Jahrestagung des Deutsch-Französischen Institutes (DFI)

22. – 23.6.2017

Ludwigsburg

Dem DFI ist mit seiner Jahrestagung an einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung und einer längerfristigen Einordnung der wahrnehmbaren Veränderungen gelegen. In einer öffentlichen Festveranstaltung wird WINFRIED KRETSCHMANN (Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg) über „Sprache und Politik“ sprechen (22.6., 20 Uhr).

Es wird Arbeitsgruppen zu den Themen „Fernsehdebatte als wahlentscheidend“ und „Auswirkungen sozialer Medien auf politische Kommunikation“ geben und Vorträge von (geplant) Dr. RAPHAEL HADDAD (Discours public et transformations médiatiques), PAUL-JASPER DITTRICH (geplant) über „Populismus und soziale Medien: ein europäischer Vergleich“ sowie EVA DICKMEIS und Dr. JANA REISSEN-KOSCH (RWTH Aachen) über die Frage „Populismus oder demokratischer Mainstream? Inklusion und Exklusion im Bundestagswahlkampf 2017“.

Konferenzsprachen Französisch und Deutsch (eine Simultan-Übersetzung ist nicht vorgesehen!).

Teilnahmegebühr: 90,- € (ohne Übernachtung) und 140,- € (mit Übernachtung im Hotel); Nachlass für Studierende auf Anfrage möglich.

Valérie Lejeune (*Deutsch-Französisches Institut*), Asperger Str. 34, 71634 Ludwigsburg, Tel.: 07141 / 9303-14, Fax: 07141 / 9303-50, lejeune@dfi.de

Quelle: dfi

IDA-Fachtag „Strategien von Jugendverbänden im Umgang mit Rechtspopulismus“

29.6.2017

Frankfurt am Main: Bildungsstätte des Landessportbundes Hessen, Otto-Fleck-Schneise 4

Unter dem Deckmantel von „Sorgen“ und eines „Kampfes gegen politische Korrektheit“ sind rassistische und nationalistische Aussagen wieder sagbar geworden. Der IDA-Fachtag widmet sich der Frage, wie Jugendverbände mit Rechtspopulismus – in Form von Aussagen und von konkreten Akteuren / Akteurinnen – umgehen können und bislang umgegangen sind. Die bislang gesammelten Erfahrungen von Multiplikatorinnen / Multiplikatoren der Jugendverbandsarbeit im Umgang z.B. mit der AfD sollen sichtbar und ausgewertet werden. Erfahrungen sollen ausgetauscht, mögliche Handlungsstrategien im Umgang mit Rechtspopulismus in der Jugendverbandsarbeit gesammelt und diskutiert werden.

Der Fachtag richtet sich an haupt- und ehrenamtliche Multiplikatorinnen / Multiplikatoren aus Jugendverbänden, Jugendarbeit und Jugendringen sowie von Trägern aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“.

Anmeldungen unter info@IDAeV.de (unter Angabe von Name, Anschrift und Organisation). Die Teilnahme ist kostenlos.

Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismuserbeit e.V., Tel.: 0211 / 15 92 55-5, <http://tinyurl.com/kyap6cl>

Quelle: ida

2. Halbjahr 2017

Fachforum Chancen eröffnen – Auf dem Weg zu einer inklusiven Internationalen Jugendarbeit

3.7.2017

Hannover: Hanns-Lilje-Haus – Hotel und Tagungszentrum, Knochenhauerstr. 33

Als Lernort der non-formalen Bildung fällt der Internationalen Jugendarbeit bei der Umsetzung von Inklusion eine wichtige Rolle zu. Was ist notwendig, damit Aktivitäten der Internationalen Jugendarbeit und der Lernmobilität allen jungen Menschen offen stehen, auch solchen mit einer Behinderung oder Beeinträchtigung? Dazu will das Fachforum Antworten geben. Mit Hilfe von jugendpolitischen und wissenschaftlichen Impulsen sowie beispielhaften Ansätzen aus anderen Bildungsbereichen werden die bisherigen Projektergebnisse in die aktuelle nationale und internationale Fachdiskussion eingeordnet. Gleichzeitig sollen Ideen für Unterstützungs- und Qualifizierungsformate zur zukünftigen Umsetzung der Inklusionsstrategie entwickelt werden.

Das Fachforum findet im Rahmen des 50-jährigen Jubiläums der *Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland* e.V. (IJAB) und in Kooperation mit *Aktion Mensch* statt.

Für inhaltliche Fragen: Ulrike Werner und Christoph Bruners, vision-inklusion@ijab.de, Tel.: 0228 / 9506-230, www.vision-inklusion.de

Anmeldungen sind erbeten über den folgenden Link: <https://www.ijab.de/fachforumchancen> (Anmeldeschluss: 29. Mai 2017).

Quelle: 17_04-27

Erziehungswissenschaftliches Forschungsnetzwerk Kinder- und Jugendreisen

3.7.2017

Köln: Fachhochschule des Mittelstandes (FHM)

Ziel dieses zweiten Treffens des Netzwerkes ist es, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit erziehungswissenschaftlichem Profil zu den Handlungsfeldern des Kinder- und Jugendreisens und Internationaler Jugendarbeit in einen verstärkten wissenschaftlichen Austausch zu bringen. Dabei sollen – unabhängig von tradierten Strukturen – Begriffsklärungen erarbeitet, Forschungsfragen und -designs entwickelt und damit eine diskursive Basis für erziehungswissenschaftliche Grundlagenforschung und Praxisforschung geschaffen werden.

warth@transfer-ev.de

Quelle: *ijab*

„Stereotypisch? – Jugendbegegnung für Offenheit und Toleranz“

3.–10.7.2017

Auerbach (Vogtland)

„Stereotypisch? – Jugendbegegnung für Offenheit und Toleranz“ ist ein deutsch-polnische Projekt, getragen vom Bildungswerk Sachsen der *Deutschen Gesellschaft* e.V. und dem Verein *Stowarzyszenie Semper Avanti* aus Wrocław. Während der einwöchigen Jugendbegegnung (Jugendliche im Alter von 13 bis 18 Jahren) wird ein abwechslungsreiches und spannendes Programm geboten: Die Teilnehmenden erkunden die Region und lernen spielerisch die Sprache des Nachbarlandes kennen. Darüber findet ein umfassendes Sport- und Aktivitätsprogramm mit Workshops und Ausflügen statt. Zweisprachige Betreuerinnen und Betreuer helfen den Teilnehmenden, Sprachbarrieren zu überwinden, um miteinander ins Gespräch zu kommen.

Der Teilnehmerbeitrag beträgt 120,- € (Ratenzahlung ist möglich). Im Beitrag enthalten sind: Reisekosten für Hin- und Rückfahrt (Transfer mit dem Bus ab Leipzig mit Zustiegsmöglichkeiten in Chemnitz), Unterkunft, Vollverpflegung.

Weitere Informationen: <http://www.hallonachbar.net/news/detail/id/6510/code/deutsch-polnische-jugendbegegnung-vom-3-bis-10-juli-2017-in-auerbach-vogtland>

Quelle: *DG newsletter info@deutsche-gesellschaft-ev.de*

Grappling with the Global: The Challenge of Boundaries in History and Sociology

9th Annual Seminar of the Bielefeld Graduate School in History and Sociology (BGHS)

13.–15.7.2017

Bielefeld

In den vergangenen 25 Jahren haben die Sozialwissenschaften deutlich gemacht, dass es notwendig ist, das Konzept des Nationalstaates zu verlassen, und haben es durch verschiedene Konzepte des „Globalen“ ersetzt. Angesichts der Fallstricke von westlichem Ethnozentrismus und Nationalismus hat sich die neuere Forschung versucht, Verflechtungsbeziehungen auf (trans-)lokaler, (trans-)regionaler und sogar „globaler“ Ebene nachzugehen (z.B. „Weltgesellschaft“, Soziologie des „globalen Südens“). Gleichzeitig hat „das Globale“ in der Politik und in öffentlichen Debatten gesteigerte Bedeutung gewonnen.

Auf der Ebene empirischer Forschung, z.B. in Dissertationen und Forschungsprojekten, ist es aber schwierig, „das Globale“ zu operationalisieren. Wo beginnt – zeitlich und räumlich – das Globale? Wie ist das Globale unter der fortwirkenden Kraft nationaler Grenzen zu fassen? Wie lassen sich historiographische und soziologische Traditionen, die sich dem Forschungsparadigma des Globalen nicht fügen, erhalten?

Julia Engelschalt, Universität Bielefeld, Postfach 10 01 31, 33501 Bielefeld, Tel. 0521 / 106-3257, annualseminar@uni-bielefeld.de, <http://www.uni-bielefeld.de/bghs/Programm/Ansem/2017.html>

Quelle: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine/id=32794>

Europäische Geschichtskulturen. Nationale Identität, Globalisierung und die Herausforderung des deutsch-italienischen Transfers in der Geschichtswissenschaft (19.–21. Jahrhundert)

4.–7.9.2017

Menaggio, Como

Doktoranden-Kolloquium im Rahmen des von der Villa Vigoni zusammen mit der *Deutschen Forschungsgemeinschaft* ausgeschriebenen Veranstaltungsprogramms „Deutsch-Italienische Zusammenarbeit in den Geistes- und Sozialwissenschaften 2017“.

Im Rahmen der drei Themenbereiche Kultur, Politik/Wirtschaft, Gesellschaft soll der Workshop einen offenen Dialog über die Grenzen der nationalen Forschungslandschaften hinweg ermöglichen, um die jeweiligen Thesen und Ansätze in einem übergreifenden Kontext zu debattieren. Vorrangiges Ziel eines solchen Gesprächsformats ist es, in der Herausforderung zwischen nationaler Identität und Globalisierung neue Perspektiven auf europäische Geschichtskulturen zu entwickeln, indem die Vorzüge der beiden nationalen Forschungskontexte miteinander verbunden und unterschiedliche methodische Ansätze angewendet werden.

Konferenzsprachen sind Deutsch und Italienisch.

SISCALT (*Università degli Studi di Napoli „Federico II“ / Dipartimento di Studi Umanistici*), Via Nuova Marina, 33, I-80133 Neapel; Tel.: 0039 / 0815236417, andonofr@unina.it, <http://www.siscalt.it/ita/wp-content/uploads/2017/02/CfP-Doktoranden-Kolloquium-SISCALT-Villa-Vigoni-2017.pdf>

Quelle: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine/id=33325>

In-Between Empires: Trans-imperial History in a Global Age

15.–16.9.2017

Berlin: Freie Universität

Der Workshop verfolgt einen trans-imperialen Ansatz für die Geschichte von Weltreichen (*history of empires*). In Ergänzung zu „innovativen“ Konzepten wie *post-colonial history*, *global history* oder *new imperial history* und in Ergänzung zu inter-imperialen Perspektiven, die Weltreiche oder ihre Konkurrenz untereinander vergleichen, widmet sich dieser Workshop dem „Dazwischen“ zwischen den Imperien, den Räumen „*in-between*“, den Verbindungen, den Kooperationen, die sie schaffen, und dem Wettbewerb. Außerdem sollen übergreifende theoretische und methodologische Fragen behandelt werden.

Daniel Hedinger, LMU München, hedinger.daniel@gmail.com – Nadin Heé, FU Berlin, Max Planck Institut, nadin.hee@fu-berlin.de – Satoshi Mizutani, Doshisha University, mizutanis0606@gmail.com

Quelle: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine/id=33307>

Kulturen des Wir – Cultures of We

13.9.2017

Berlin: Kalkscheune

Internationale Konferenz des *ifa – Institut für Auslandsbeziehungen* und öffentliche Abendveranstaltung.

 P3/17-1

Institut für Auslandsbeziehungen (ifa), Bereich Dialog und Forschung „Kultur und Außenpolitik“ (Waltraud Iraschko), iraschko@ifa.de

Quelle: <http://kulturen-des-wir.de/de/konferenz>

First Annual Graduate Conference on the History of European Integration

18.–20.9.2017

Florenz

Das *Alcide De Gasperi Research Centre* (EUI), *RICHE* (*Réseau international de jeunes chercheurs en histoire de l'intégration européenne*) und *HEIRS* (*History of European integration research society*) laden vorrangig Promotionsstudenten und Nachwuchs-

wissenschaftler/-innen ein. In informeller Atmosphäre sollen neueste Forschungsergebnisse und methodische Ansätze zur europäischen Integration diskutiert werden. Die Basis dafür sind vorweg eingereichte Arbeitspapiere. „Europäische Integration“ wird weit gefasst und beinhaltet alle Aspekte europäischer Kooperation und Integration nach dem Zweiten Weltkrieg. Auf besonderes Interesse stoßen Forschungsvorhaben, die neuen Primärquellen erschließen oder auf innovativen Methoden beruhen. Das wissenschaftliche Komitee besteht aus MECHTHILD HERZOG (*Université du Luxembourg*), EMMANUEL MOURLON-DRUOL (*University of Glasgow*) und FEDERICO ROMERO (*European University Institute*).

Mechthild Herzog: IPSE, Maison des Sciences Humaines 11, Porte des Sciences, L-4366 Esch-sur-Alzette (mechthild.herzog@uni.lu); <http://www.eui.eu/Research/HistoricalArchivesOfEU/AlcideDeGasperiResearchCentre/Annual-Graduate-Conference.aspx>

Quelle: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine/id=33804>

Knowledge Exchange. Europe and the Black Sea Region, ca. 1750—1850

29.–30.9.2017

Graz

Die Schwarzmeerregion (*Black Sea Region* / BSR) wurde noch im 18. Jh. nicht als Teil Europas betrachtet. Deswegen steht heute eine systematische Bestandsaufnahme des Wissens und ein Austausch der Wissenskulturen innerhalb dieser Region und über sie hinaus noch aus.

Zu den Themen der Konferenz gehören auch Fragen der Verteilung von Wissen in Europa um 1800 und der aufklärerischen Bemühungen im Westen und in Russland seit etwa 1750, die Welt zu kartieren und Kolonialsammlungen anzulegen, ebenso die Rolle religiöser Netzwerke bis zum Berg Athos oder in Form orthodoxer und muslimischer Pilgerreisen sowie diasporischer Gemeinschaften (z.B. Odessa für Griechenland, Bukarest, Odessa und Bessarabien für Bulgarien und Makedonien oder Venedig und Wien für Armenien).

Die Konferenz ist Teil des MSCA-RISE-Projektes „Knowledge Exchange and Academic Cultures in the Humanities. Europe and the Black Sea Region“, das von der Europäischen Kommission gefördert wird (Information unter: <http://www.blacksearegion.eu>).

Uni Graz, Abteilung für Südosteuropäische Geschichte und Ethnologie, Prof. Dr. Karl Kaser (karl.kaser@uni-graz.at) und Dr. Dominik Gutmeyr (dominik.gutmeyr@uni-graz.at), Mozartgasse 3, A-8010 Graz, <https://geschichte.uni-graz.at/en/suedost/>

Quelle: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine/id=33137> und <https://blacksearegion.eu/graz-conference-29-30-09/>

„At Home or Alienated“. Migrants and receiving countries between integration and parallel-society, between ‚culture of welcome‘ and xenophobia

5.–7.10.2017

Husum

Die *Association of European Migration Institutions* (AEMI), das *Nordfriisk Instituut* in Bredstedt und das *Nordfriesland Museum Ludwig-Nissen-Haus* in Husum wollen über Migration und Integration in sozial, ökonomischer und kultureller Hinsicht, aber auch über Segregation und essentialistische und xenophobe Positionen sprechen. Die Erfahrungen der USA als einem Land mit starker Einwanderung aus Europa, die Herausforderungen, die Migration, Mobilität und die notwendige Integration für Erfolg oder Misslingen einer gangbaren Zukunftsstrategie in Europa darstellen, und der Begriff der Heimat sollen im Zentrum der Gespräche stehen. Vergangenheit und Zukunft, US-amerikanische und europäische Erfahrungen sollen verknüpft und die Bedeutung der Region für Integration, Stabilität und Identität in einer globalisierten Welt („glokal“ versus lokal) reflektiert werden. Ein spezieller Workshop soll die Rolle der *Association of European Migration Institutions* beleuchten.

Dr. Paul-Heinz Pauseback, Nordfriisk Insituut, Auswanderer-Archiv, Süderstraße 30, 25821 Bredstedt, pauseback@nordfriiskinstituut.de

Info: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine/id=33635> und <http://www.nordfriiskinstituut.de/>

eTwinning-Seminar „Berlin–Paris“

5.–7.10.2017

Berlin

Nach dem Vorbild des „Jahres der deutschen Sprache“ im vergangenen Schuljahr in Paris hat die Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie für das Land Berlin in 2017 das „Jahr der französischen Sprache“ ausgerufen. Dieses soll dem Erlernen der französischen Sprache und der Vermittlung frankophoner Kultur(en) eine neue Dynamik verleihen.

Das Seminar will die schulische Zusammenarbeit zwischen den Metropolen Berlin und Paris stärken. Lehrkräfte der Sekundarstufe I und II aus beiden Regionen, die Schülerinnen und Schüler im Alter von 10 bis 18 Jahren unterrichten, lernen die Arbeit mit eTwinning kennen und starten deutsch-französische Schulpartnerschaften. Teilnahmevoraussetzung ist die Registrierung in eTwinning.net (<http://www.etwinning.net/>). Seminarsprache: Deutsch/Englisch.

<https://www.kmk-pad.org/veranstaltungen/details/etwinning-seminar-berlin-paris-1320.html>, Ansprechperson: Eva Müller (eva.mueller@kmk.org)

Quelle: 17_10-05.eml

Environnement et espace public européen: perceptions, acteurs, politiques

18.–20.10.2017

Paris: Deutsches Historisches Institut

Im Rahmen des Deutsch-französisches Netzwerkes *Saisir l'Europe* läuft ein Forschungsprojekt, welches eine Geschichte der internationalen Beziehungen im Europa der Nachkriegszeit auf die Herausbildung eines europäischen Kommunikationsraumes ab den 1970er Jahren stützen will. Dies geschieht am Beispiel der Umweltpolitik. Die Debatten darüber fließen aus europäischen nationalen, regionalen oder lingualen Teilöffentlichkeiten zunehmend zusammen, ohne sich auf den Raum der EU zu beschränken. Die Konstruktion Europa wird durch diese grenzüberschreitenden Umweltdebatten gestärkt. Es stellt sich die Frage, unter welchen Bedingungen und in welchen Zeiträumen die Konvergenz öffentlicher Debatten zu einer europäischen Politik oder europäischen Politiken führen können. Die Tagung wird folgende Aspekte in den Blick nehmen: 1. Wahrnehmungen und Gedankenaustausch, 2. gesellschaftliche Akteure, 3. parlamentarische Arbeit sowie 4. europäische Umweltpolitik.

Dr. Christian Wenkel, LabEx EHNE, Maison de la recherche, 28 rue Serpente, 75006 Paris, nils-christian.wenkel@paris-sorbonne.fr, <https://www.dhi-paris.fr/de/forschung/projekte-kurzzeit-ehemalige/internationale-herausforderungen.html>

Quelle: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine/id=33363>



Constructing America – Defining Europe. Perceptions of the Transatlantic Other, 1900–2000

8.–10.11.2017

Utrecht: Universität

Angesichts der Umlagerung von Loyalitäten und wahrgenommenen gegenseitigen Bildern voneinander im Verhältnis USA–Europa ist es angezeigt, zu überlegen, welchen Weg die gegenseitigen Wahrnehmungen im 20. Jh. genommen haben. Das Thema „Amerikanisierung“ ist seit den 1990er Jahren durch eine Betonung lokaler Bezüge und der kulturellen Interaktion in all ihrer Komplexität und Hybridität abgelöst worden. Die Konferenz will einen Beitrag leisten für die Erkennung von allgemeinen Mustern, geopolitischen Kontexten und innenpolitischen Funktionen, die diese Konstruktionen des Eigenen und Anderen haben. Es soll auch der Vergleich zwischen den transatlantischen Beziehungen und dem Bild anderer Teile der Welt zur Sprache kommen, um eine wirklich globale Perspektive zu erlangen.

Jochen Hung (Utrecht University), Drift 6, 3512 BS Utrecht (Netherlands), j.b.hung@uu.nl; oder Rachel Gillett (r.a.gillett@uu.nl), <http://transatlantis.wp.hum.uu.nl/conferences/2017-conference-constructing-america-defining-europe/>

Quelle: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine/id=33939>

IDA-Workshop

Diversität: „Ist doch normal, oder?“ – Diversitätsbewusstsein in Einrichtungen der Jugend(bildungs-)arbeit entwickeln und verankern

13.–15.10.2017

Hannover: Naturfreundehaus

Der Workshop bietet Raum, um bewusst auf unbewusst diskriminierende Strukturen im eigenen Jugendverband oder der eigenen Einrichtung zu blicken. Dabei geht es insbesondere um die Fragen, wie eine diskriminierungskritische Entwicklung des eigenen Verbandes aussehen kann, welche Voraussetzungen und Bedingungen sie bedarf, was Theoriegrundlagen sein können, welche Tools und Methoden sich anbieten und wie jede/r im Arbeitsalltag Impulse setzen kann, um eine ehrliche, selbstkritische, aber auch motivierende Reflexion der Normalität in der eigenen Einrichtung oder in den eigenen Zusammenhängen anzustoßen.

Einzelzimmer, Verpflegung und Tagungskosten: 20 bis 60 €

👁 J1/17-1

Quelle: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine/id=33939>

Neue Perspektiven auf die deutsch-russische Beziehungs- und Verflechtungsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts im globalen Kontext

29.10.–2.11.2017

Heidelberg

Die *Gemeinsame Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen* (DRGK) will sich stärker der Nachwuchsförderung widmen und ein Forum für den wissenschaftlichen Austausch unter der jüngeren Generation russischer und deutscher Historiker bereitstellen. Auf dieser ersten Nachwuchstagung sollen jeweils 10 russische und deutsche Doktoranden und Postdocs gemeinsam mit weiteren eingeladenen Wissenschaftlern ihre aktuellen Forschungsprojekte diskutieren. Dabei sollen nicht nur neue Impulse für das allgemeine Forschungsinteresse an Fragestellungen und Perspektiven einer deutsch-russischen Beziehungsgeschichte gesetzt werden, sondern es soll auch diskutiert werden, welche methodischen Ansätze und Perspektiven der modernen Globalgeschichte dabei fruchtbar gemacht werden können.

Das Seminar findet unter Leitung der Kommissionsmitglieder Prof. Dr. TANJA PENTER (Universität Heidelberg) und Prof. Dr. ALEXANDER VATLIN (MGU Moskau) statt. Russischkenntnisse sind wünschenswert. Arbeitssprachen sind Russisch, Deutsch und Englisch. Bewerbung mit Lebenslauf (inkl. Angabe der Sprachkenntnisse) sowie Exposé des Forschungsvorhabens (2–3 Seiten) bis zum 30.06.2017 erbeten. Organisatorin: Jasmin Söhner, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Grabengasse 3–5, 69117 Heidelberg, jasmin.soehner@zegk.uni-heidelberg.de, Tel.: 06221 / 54-2475 – www.deutsch-russische-geschichtskommission.de/.

Quelle: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine/id=33894>

Histories of Migration: Transatlantic and Global Perspectives. Bucerius Young Scholars Forum at GHI WEST at UC Berkeley

15.11.2017

Berkeley, CA

Das *Bucerius Young Scholars Forum* führt eine transatlantisch orientierte Gruppe von Nachwuchswissenschaftlern aus Deutschland, aus dem restlichen Europa und aus Nordamerika zusammen. Sie hat die Aufgabe, neue Forschungsperspektiven in der Migrationsgeschichte zu erkunden, insbesondere im Hinblick auf die Verflechtung von Migration und Wissen.

Die Frage, welche Wissensbestände Migranten mitbringen und die Rolle von Migranten als Wissensproduzenten und Übersetzer von Wissen hat bisher nur wenig Aufmerksamkeit gefunden. Die Forschung darüber hat sich vorwiegend auf die vormoderne Zeit und auf die Kolonialgeschichte konzentriert. Das *Bucerius Young Scholars Forum* will diesen Gegenstand von einer epochenübergreifenden, transregionalen und interdisziplinären Warte aus angehen.

Dr. Sarah Beringer, beringer@ghi-dc.org, <http://www.ghi-dc.org>Quelle: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine/id=32900>

Global Frontiers (16th to 21st centuries)

15.–17.11.2017

Tübingen: Universität Tübingen: Institut für Zeitgeschichte
Angebot speziell für Promotionsstudenten und Postdocs

Das Bild der Grenze bestimmt die Geschichten, die wir von den Begegnungen mit dem Nahen Osten in Mittelalter und Früher Neuzeit erzählen, von den Widerstandsbewegungen dort im 19. und 20. Jh., vom deutschen Imperialismus [...] und neuerdings auch von der Flüchtlings-„krise“ 2015 und 2016, erklären die Veranstalter. „Wir haben gelernt, dass es unterschiedliche Arten von Grenzen gibt: geographische, soziale, ethnische, kulturelle etc., und wir haben viel darüber in Erfahrung gebracht, wie sie Bevölkerungen teilen und vereinen.“ Folgende Fragen sollen interdisziplinär erörtert werden:

- Lässt „Grenze“ sich allgemein definieren?
- Wer hat Grenzrechte?
- Welche Rolle spielen die natürlichen Umweltbedingungen?
- Sind Grenzen am ehesten Abgrenzungen (*borders*) oder Zonen sozialer und kultureller Interaktion (*borderlands*)?
- Liegen Grenzen wirklich unbeachtete am Rand, oder sind sie nicht im Gegenteil Räume besonderer Aufmerksamkeit, besonders geregelt und überwacht? Von wem?
- Wie steht die „Grenze“ zur „Zivilgesellschaft“?
- Wie werden Grenzen aus räumlicher oder zeitlicher Distanz wahrgenommen?

Call for papers bis 30.6.2017. Erbeten werden (in Englisch) max. 2 Seiten CV, ein Abstract bis max. 500 Wörter, Anschreiben mit Angaben zu Projektzusammenhang und Motivation.

Kontakt: globalfrontiers2017@histsem.uni-tuebingen.de – Organisation: Daniel Menning, Universität Tübingen, daniel.menning@uni-tuebingen.de, Kristin Condotta Lee, Washington University in St. Louis, condotta@wustl.edu, Tobias P. Graf, Universität Tübingen/Universität Heidelberg, tobias-peter.graf@uni.tuebingen.de
Website: <http://www.uni-tuebingen.de/index.php?id=96422>

Quelle: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine/id=33970>

„Kontaktzonen“ und Grenzregionen. Aktuelle kulturwissenschaftliche Perspektiven

23.–24.11.2017

Dresden: Hauptstaatsarchiv

Die Abschlussveranstaltung des Forschungsprojektes „Kulturelle Praktiken im deutsch-tschechisch-polnischen Grenzraum“ will seine Ergebnisse präsentieren und dazu einladen, den Ansatz der „Kontaktzonen“ mit Beiträgen aus der (historisch-)kulturwissenschaftlichen Forschung geographisch und thematisch zu erweitern. Welche (Neu)Konzeptualisierungen / Paradigmenwechsel hat der Begriff „Kontaktzone“ seit seiner Einführung erfahren? In welchen Kontexten hat der Terminus Potential als Analysekatgorie?

Zweitens steht die methodische Herangehensweise im Fokus: Wie wird methodisch mit dem Konzept umgegangen? Wo und wie werden „Kontaktzonen“ identifiziert? Wohin wendet sich der forschende Blick? Wie konstituiert sich eine „Kontaktzone“, welche Prozesse und Dynamiken werden dabei sichtbar, welche Akteurinnen und Akteure? Drittens geht es um die Anwendbarkeit und heuristische Qualität des Begriffs.

Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde, Dresden

Vom Kolonialkrieg zum Krieg gegen den Terror? From Colonial War to the War on Terror?

Perspektiven auf staatliche Kämpfe gegen ferne „Unmenschen“
im 20. Jahrhundert / Perspectives on Government Struggles
against Distant „Monsters“

7.–8.12.2017

Berlin, Centre Marc Bloch

Das primäre Ziel der interdisziplinär ausgerichteten Konferenz ist es, neue Anstöße für die Reflexion über „Neue Kriege“ (MARY KALDOR, HERFRIED MÜNKLER), „Neue Risikokriege“ (ULRICH BECK) und insbesondere den Krieg gegen den Terrorismus zu entwickeln. Um die neue Qualität des jeweiligen Phänomens herauszustellen, wurde diesbezüglich bislang zu sehr auf die Unterschiede zu sogenannten „alten Kriegen“ insistiert. Dagegen fanden Parallelen zu konzeptionell wesentlich schwieriger fassbaren Kolonialkriegen des 20. Jahrhunderts nur wenig Beachtung.

Die wichtigsten Ansätze für einen historischen Vergleich zwischen dem Krieg gegen den Terrorismus und dem Kolonialkrieg ergeben sich vor allem aufgrund der relativen Unschärfe beider Phänomene. Sowohl die eine als auch die andere staatlich organisierte Ausübung und Androhung von Gewalt mündete häufig in einen Zustand dauerhafter Alarmbereitschaft mit fließenden Grenzen zwischen Krieg und Frieden. Meist umgingen staatliche Akteure in beiden Fällen Regelwerke der Gewaltanwendung wie internationale Konventionen. Nicht nur die Mittel, sondern auch die Zielobjekte staatlicher Gewalt wurden in der Regel unpräzise vorgezeichnet. Schließlich entsprach die in beiden Fällen beobachtbare politisch-moralische Disqualifizierung des Feindes als der oder das Böse schlechthin stets einer Strategie der Selbsterhebung bzw. der Selbstermächtigung zu militärischem Handeln.

Die Tagung wird von der Arbeitsgruppe „Urbane Gewalträume“ im deutsch-französischen Verbundprojekt *Saisir l'Europe* ausgerichtet.

Lucas Hardt, Leiter der Nachwuchsgruppe „Urbane Gewalträume“ im Verbundprojekt *Saisir l'Europe*, hardt@cmb.hu-berlin.de, Centre Marc Bloch, Friedrichstraße 191, 10117 Berlin, Tel. 030 / 209370716

Quelle: <http://www.saisirleurope.eu/de/content/call-papers-vom-kolonialkrieg-zum-krieg-gegen-den-terror-perspektiven-auf-staatliche-k%C3%A4mpfe> – Bild: *Saisir l'Europe*, *saisir_l-Europe.jpg* (<http://www.saisirleurope.eu/de>)

Eigenbilder, Fremdbilder, Identitäten im östlichen Europa. Kulturwissenschaftliche Perspektiven

7.–9.12.2017

München: Internationales Begegnungszentrum, Amalienstr. 38, 80799 München

Tagung der *Fachkommission Volkskunde* des *Herder-Forschungsrats* in Kooperation mit dem *Institut für Volkskunde / Europäische Ethnologie* der LMU München und dem *Georg-R.-Schroubek-Fonds-Östliches Europa* im Anschluss an die Tagung 2016 zum „neuen Nationalismus“

Im Mittelpunkt sollen die in den europäischen Gesellschaften verbreiteten Eigenbilder und Fremdbilder sowie die dort formierten bzw. sich neu formierenden Identitäten der Individuen und Gesellschaften stehen. Nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Regime, der massiv einsetzenden Globalisierung und der EU-Integration ist besonders in den letzten 15 Jahren ein Aufleben und eine Verstärkung nationaler Bilder und Identitäten zu beobachten. Dominierten nach der Wende positive Bilder „Europas“ bzw. der EU und des „Westens“ insgesamt, so sind in wachsendem Maße neue Feind- und Fremdbilder, zunehmend negative Bilder der Minderheiten, der Migranten, der benachbarten Nationen ebenso wie auch allgemein des „Westens“, der Rückgriff auf eigene Traditionen und ethnisch-nationale Selbstbilder, auf kulturalisierende Argumentationsmuster, nationale Mythen und Erinnerungsorte, die Reaktivierung althergebrachter Bilder und Stereotypen zu konstatieren. Das einst negativ besetzte Russland wird hingegen positiv gezeichnet.

Call for papers bis 15.6.2017: Abstracts von max. 15 Zeilen Länge, zusammen mit einer kurzen biografischen Information, werden erbeten an die unten genannten Personen:

Prof. Dr. Klaus Roth, Universität München, Institut für Volkskunde/Europäische Ethnologie, Oettingenstr. 67, D-80538 München, k.roth@lrz.uni-muenchen.de
oder Dr. Marketa Spiritova, m.spiritova@vkde.fak12.uni-muenchen.de
oder Dr. Katerina Gehl, katerinagehl@aol.com.

Quelle und weitere Informationen: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine/id=34100>; <http://www.volkskunde.uni-muenchen.de>

European History across Boundaries from the Sixteenth to the Twentieth Century

24.–26.1.2018

Mainz: Leibniz-Institut für Europäische Geschichte

Doktoranden aus aller Welt sind eingeladen, ihre Dissertationen vorzustellen. Das Thema geht so weit, dass es auch Europas Beziehungen zum Rest der Welt umfasst. Alle Themen interessieren, die es mit dem Überqueren von Grenzen zu tun haben bzw. solche (*boundaries und borders*) reflektieren (vergleichende Studien, Studien über Transferprozesse).

Dieser Graduierten-Workshop findet statt in Kooperation mit LYNDAL ROPER (*Regius Chair of History*) an der Universität Oxford.

Call for papers bis 16.7.2017: 500 Wörter plus eine kurze biographische Notiz mit der institutionellen Affiliation, Betreuern und Kontaktdaten, all dies in einer PDF-Datei an das Organisationsbüro: Dr. Gregor Feindt, Leibniz-Institut für Europäische Geschichte, Alte Universitätsstr. 19, 55116 Mainz, Tel.: 06131 / 39 39369, 39 30154, feindt@ieg-mainz.de. Die Tagungspapiere werden vor der Tagung verschickt und sollen max. 8 000 Worte umfassen (auf Englisch), Abgabe bis 7.1.2018.

Quelle und weitere Informationen: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine/id=34180>; <http://www.ieg-mainz.de>

Grenzüberschreitungen: Migrantinnen und Migranten als Akteure im 20. Jahrhundert

1.2.–2.2.2018

Bern: Universität

Am Kontext und an den Formen des historischen Migrationsgeschehens, bei Migrantinnen und Migranten als aktiv Handelnden und ihren subjektiven Erfahrungen von Migration setzt die Tagung an. Sie wendet sich Frauen und Männern als Akteuren zu, die Praktiken, Ausdrucks-, Darstellungs- und Kommunikationsformen entwickeln, und fragt nach ihrer Handlungsfähigkeit und Handlungsmacht in politischen und sozialen Zusammenhängen: Welche Faktoren haben individuelle Migrationsentscheidungen beeinflusst und wer war daran beteiligt? Wo konnten Migrantinnen und Migranten Handlungs- und Wirkungsmächtigkeit (*agency*) entfalten? Mit welchen Strategien antworteten sie z.B. auf Deklassierungserfahrungen, etwa wenn Bildungsabschlüsse und Berufsqualifikationen im neuen Umfeld nicht anerkannt wurden oder die Möglichkeit der sprachlichen Verständigung eingeschränkt war? Welche Praktiken der Begegnung und der Einflussnahme entwickelten sie, in welchem Umfeld? Gibt es spezifische Formen des individuellen und kollektiven Erinnerns?

Die Tagung widmet sich diesen auch für das Verständnis des gegenwärtigen Wanderungsgeschehens wichtigen Fragen aus historischer Perspektive. Im Zentrum stehen Migrationen im europäischen Kontext im 20. Jahrhundert, wobei Europa hier als Abgangs-, Durchgangs- oder Ankunftsregion gilt.

Dozentur für Migrationsgeschichte/Forschungsplattform „Migration: Kompetenzen bündeln – Impulse setzen – Grundlagen schaffen“ am *Walter-Benjamin-Kolleg* der Universität Bern / AG „Frauen im Exil“ in der *Gesellschaft für Exilforschung* e.V.; organisiert durch Dr. Wiebke von Bernstorff (Hildesheim), Dr. Heike Klapdor (Berlin) und PD Dr. Kristina Schulz (Bern); Ansprechpartnerin: Vera Blaser, vera.blaser@hist.unibe.ch

Quelle und detaillierte Informationen: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine/id=33726>

Migration und sozio-politische Innovation

2.3.2018

Fribourg (CH)

Welche Rolle spielt die Migration bei der Etablierung neuer Formen der Lebensgestaltung und der Organisation von Gesellschaften? Unter sozio-politischer Innovation wird die Entstehung, Durchsetzung und Verbreitung von neuen sozialen und politischen Praktiken in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen verstanden. Ziel ist es, solche gesellschaftlichen Transformationen, die in Zusammenhang mit Migration auftreten, zu identifizieren, zu analysieren und die ihnen zugrunde liegenden Bedingungen zu entschlüsseln.

Distanznehmend zu einer neoliberalen Verwendung des Begriffs soll das Konzept der sozio-politischen Innovation auf seine Eignung für die Analyse gesellschaftlicher Transformationen in unterschiedlichen sozialen und politischen Bereichen überprüft werden. Demokratisierungsprozesse liessen sich beispielsweise mit Gewinn aus einer Migrationsperspektive beschreiben. Dies wurde in der historischen Forschung bislang jedoch nur selten zur Anwendung gebracht.

Quelle und Infos: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine/id=33903>; infoclio.ch; <https://www.infoclio.ch/de/node/147179>; Francesca Falk (Universität Fribourg)

What is Holding Societies Together? Social Cohesion and Disintegration in Historical Perspective

Twelfth European Social Science History Conference (ESSHC 2018)

4.–7.4.2018

Belfast: Queen's University

Gegenwärtig warnen Experten und politische Akteure unentwegt vor der Gefahr einer Disintegration und Polarisierung der Gesellschaft rufen nach mehr Integration, Assimilation und der Exklusion von Migranten. Konzepte wie Integration, Assimilation oder Multikulti haben ganz unterschiedliche Geschichten und Verwendungszusammenhänge. Die gegenwärtigen Ängste vor einer Disintegration der Gesellschaft stehen in einer langen Tradition und betrafen keineswegs nur Migrationsbewegungen. Im 19. und 20. Jh. stellte man sich vor, die Gesellschaft würde entlang von Klassenlinien, Rassenunterschieden, religiösen Differenzen oder an Geschlechterunterschieden zerbrechen. Sozialwissenschaftler, Politiker, Lehrer oder andere Akteure entwickelten unterschiedliche Strategien, um der wahrgenommenen Krise entgegen zu steuern. Diese werden in der Konferenz diskutiert.

Die Spannung zwischen der Forderung nach Kohärenz und den Herausforderungen durch die Diversität der Gesellschaft ist eine der wichtigsten Spannungen der modernen Zeit. Abhilfe erhoffte man sich abwechselnd von der Lebensform Stadt oder vom Zusammenhalt kleiner Gemeinschaften, von gemeinsamer Sprache und Kultur, von Schule und Armee, von Konzepten des Multikulturalismus' oder „*interculturalism*“ oder vom Konsum.

Die Konferenz hat ein differenzierteres Verständnis dieser Spannung zwischen sozialer Kohäsion und Diversität im 19. und 20. Jahrhundert und ihrer Bewältigung zum Ziel.

Teilnahmegebühren zwischen 90 und 300 €

<https://esshc.socialhistory.org/registrationinfo>. Ansprechpersonen in Deutschland: Antje Dietze, Maren Möhring, Christiane Reinecke (Universität Leipzig), Kontakt: christiane.reinecke@uni-leipzig.de

Quelle: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine/id=33317>

Impressum

interkulturell aktuell (SSIP-Mitteilungen)

Herausgeber:

Sozialwissenschaftlicher Studienkreis für Interkulturelle
Perspektiven (SSIP) e.V.

Gesamtleitung: Armin Triebel, Berlin

Layout und Gestaltung: Gerd Ulrich Bauer, Bad Vilbel

© SSIP, 2017

Titel: private und gewerbliche Aushänge an einer
Straßenkreuzung in Abidjan, Côte d'Ivoire, April 2014
(Photo: Gerd Ulrich Bauer)

Geschäftsstelle:

Wielandstr. 35

12159 Berlin

www.ssip-web.de

Tel.: +49 (0)30/8510339-0

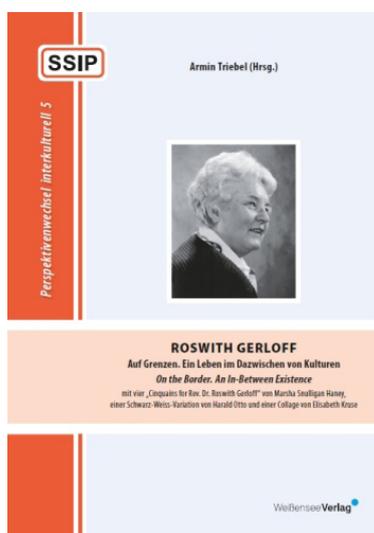
Fax: +49 (0)30/8510339-1

Mail: mitteilungen@SSIP-web.de

Die umfassende Dokumentation über Leben und Werk von Pfarrerin Dr. Roswith Gerloff

1. Das Buch

ROSWITH GERLOFF – Auf Grenzen. Ein Leben im Dazwischen von Kulturen / On the Border. An In-Between Existence, hrsg. von / ed. by Armin Triebel, Berlin: Weißensee-Verlag 2016, 390 S., mit 47 Illustrationen bzw. – teils farbigen – Photographien, Verlag/Buchhandel 39,90 €, ISBN 978-3-89998-240-4



„I have no words sufficient to congratulate you and those who worked with you for the books. They do represent Roswith as I knew her and their publication and dissemination makes her happy! She was an amazing woman and I am grateful to God for making it possible that we, because of you and a few other scholars, will not ever forget her. That her ideas and energies will go on, beyond

any of us, to work for the reconciliation of those engaged in the mission (particularly Black and White) of the Church to unite the world in peace, faith, justice and love!“

Gayraud S. Wilmore, D.D. (geb. 1921), Washington D.C.,
per E-Mail am 19.12.2016

Inhalt:

Armin Triebel, Kultur – nicht im Container	11–24
Peter and Stefanie Arthur, Dr. Roswith Gerloff. A Woman Who Leaves a Legacy	25–32
Biographische Eckdaten	33–34
I Ein Leben im Dazwischen von Kulturen	36–130
II Religiöse Identitäten – global und interkulturell	134–351
III Selbstbilder	352–372
IV Anhang	373–390

2. Das Supplement

Sicherheit, Glauben und die Differenz in der Kultur. Drei Stellungnahmen / Security, Faith, and 'Difference' in Culture. Three overtures, hrsg. v. / ed. by Armin Triebel (SSIP-Beihefte; 3), Berlin: SSIP 2015, 106 S., Preis beim SSIP: für Mitglieder 7,00 €, für Nicht-Mitglieder 9,50 €, ISBN 978-3-932231-13-1

Inhalt:

Armin Triebel, Vorwort / Introduction

Kurt Kreibohm, Christlicher Glaube an der Grenze: Vom Widerstehen und Überwinden. Ausgewählte Texte von Joachim und Inge Kanitz

Jonathan J. Bonk, Religion and Security in Africa: A Christian Perspective

Drea Fröchtling, Uprooted to the very core: Religious coping mechanisms in situations of forced migration and trafficking

Bestellungen für die SSIP-Beihefte nimmt die Geschäftsstelle des SSIP gerne entgegen (Wielandstr. 35, D-12159 Berlin, oder E-Mail: mitteilungen@ssip-web.de).